



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

18 (12.1.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-313678](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-313678)

General-Anzeiger



Abonnement: 70 Pfennig monatlich, 70 Pfennig vierteljährlich, 2 1/2 Mark jährlich. Einzel-Kommission 3 Pfennig.
Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“.
Telefon-Nummern: 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500.

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag). Eigens Redaktionsbüreau in Berlin und Karlsruhe.

Nr. 18. Dienstag, 12. Januar 1909. (Abendblatt.)

Rechtlosigkeit der Deutschen in Oesterreich.

Folgendes fast ungläublichen Vorfalle berichtet das „Wiener Tagblatt“: Der 1. k. Bezirkshauptmann in einer tschechischen Stadt, nicht weit von Wien, lud vor einigen Tagen zwei größere Fabrikanten der Stadt zu sich, und ersuchte ihnen, sie möchten das Halten deutscher Zeitungen aufgeben und diese Blätter sofort abbestellen, da er bei der herrschenden Stimmung sonst nicht in der Lage wäre, für ihre persönliche Sicherheit eine Bürgschaft zu übernehmen. Eine derartige Zumutung wogt ein höherer Staatsbeamter zu stellen! Kein Wunder, daß die Freiheit der Tschechen immer größer wird und sie sich als die alleinigen Herren des Staates fühlen. Die Deutschen haben es wirklich weit gebracht. Sie dürfen drei Viertel der Steuern bezahlen, bald in jeder deutschen Gemeinde eine tschechische Schule unterhalten, die Armenkosten für die Tschechen bezahlen, dafür werden sie vom tschechischen Mob bei jeder Gelegenheit verprügelt, die deutschen Schulen demoliert, deutsche Vereinshäuser und Kobrizen verwißt, die deutschen Waren mit einer derartigen Raffinerie boykottiert, daß sich ein deutscher Geschäftsmann, der sein Volkstum nicht verleugnet, in tschechischer Gegend nicht mehr halten kann. Bei den letzten Ausschreitungen ist deutsches Eigentum um Hunderttausende geschädigt worden, von einer Entschädigung an die Betroffenen ist keine Rede, die Schuldigen kann man meistens gar nicht erwischen, und ist es doch einmal der Fall, so wird eine derartig lächerlich geringe Strafe verhängt, daß es fast wie eine Prämie für künftige Kulturthaten ausseht. Ja es ist sogar vorgekommen, daß Beamte den tschechischen Völkern direkt unterstellt haben wie z. B. der tschechische Bezirkskommissar Panfonsky in Bergreichenstein, welcher den Deutschen, welche von der Hauptversammlung des Böhmerwaldbundes zurückkehrten, und vom tschechischen Janhagel mit Steinwürfen empfangen wurden, nicht nur jeden Schuß verfolgte, sondern das ihm zur Verfügung gestellte Militär dazu verwendete, um auf die wehrlosen angegriffenen Deutschen eine Attacke zu machen, wobei 3 tödliche und 5 schwere Verletzungen vorliefen. — Das deutsche Sprachgebiet wird vom tschechischen Beamten förmlich überflutet, da man sie im tschechischen nicht alle unterbringen kann. Für Tschechen sind immer Stellen frei, wenn deutsche Bewerber anfragen, wird ihnen eröffnet, es sei kein Platz, und wenn sie wirklich ankommen können, werden sie von den guten Kollegen oft so schikaniert, daß sie auf weitere Tätigkeit im Staatsdienst verzichten. Die Tschechen kümmern sich den Teufel um die Vorarbeiten, im Interesse ihres Volkstums sind ihnen alle Mittel recht, die Regierung wagt nicht einzuschreiten. Aber nicht allein die gemischtsprachigen Länder, auch die rein-deutschen Kronländer Ober- und Nieder-Oesterreich weisen eine starke tschechische Beamtenkraft auf, in Wien sind z. B. 30 pCt. der Postbeamten Tschechen, in Nieder-Oesterreich allein werden, wenn ich nicht irre, jährlich 8 Millionen Kronen Gehälter an tschechische Beamte gezahlt. Das ist gerade das Traurigste, daß die Deutschen ihre grimmigsten

Feinde noch erhalten und ihnen die Mittel gewähren müssen, immer neue Trutzburgen im deutschen Gebiet zu errichten, während die Deutschen immer mehr zurückweichen, an Eroberungen könnten sie gar nicht denken.

Unter der Regierung von Kaiser Franz Josef ist das Deutschthum in den ehemaligen Bundesländern von 52 pCt. auf 36 pCt. zurückgegangen. Hunderte von deutschen Städten wurden den Slawen ausgeliefert. In Laibach, bis 1882 in deutscher Verwaltung, im Frankfurter Parlament vertreten durch den Grafen Auersperg (Anastasius Grün), ist das Deutschthum mit Stumpf und Stiel ausgerottet. In Triest und Prag wurden die Deutschen immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, in einigen andern Hauptstädten des Reiches bereitet sich eine ähnliche Entwicklung vor. Fürmahr traurig ist die Lage des österreichischen Deutschthums. Der größte Teil der Volksgenossen im Reiche schaut durch farblose Massenblätter irreführt, teilnahmslos dem schwarzen Ringen zu. Die Zukunft erscheint fast hoffnungslos. Möchte man sich doch endlich bei uns aufrufen und den bedrängten Stammesbrüdern beistehen, die deutschen Ideale des deutschen Bürgerthums aus früheren Jahrzehnten können doch nicht vollständig in Materialismus und Kleinlichkeitsräumer untergegangen sein. Die Deutschen haben doch sonst für alle möglichen Völker Geld in Hülle, wie man sich dafür bedankt, hat neulich Laibach bewiesen, für das man einst bei dem großen Erdbeben im deutschen Sprachgebiet 4 Millionen Kronen gesammelt hatte. Wie oft könnte eine deutsche Gemeinde an der Sprachgrenze gehalten werden, wenn das große deutsche Volk die paar Tausende für eine deutsche Schule oder ein deutsches Haus aufbringen könnte, weit gefehlt, in hunderten und tausenden Fällen ließ man die Stammesbrüder in der slawischen Flut ertrinken. Eine Schande und Schmach für uns Deutsche ist ein solches Verhalten, müssen wir denn überall den Dünkel für andere Völker abgeben. Bei einem Teil der Deutschen erhebt sich die nationale Gefühnung nicht über einige billige Bräfen bei patriotischen Festen, daß man auch noch andere Verpflichtungen gegen sein Volk hat, kommt den wenigsten zum Bewußtsein. Die Provinz Westfalen im Herzen Deutschlands zählt 10 pCt. Polen und ein Dutzend polnische Zeitungen. Das deutsche Feld könnte ohne slawische Hilfskräfte großen Theils gar nicht mehr bestellt werden, ein Teil Bayerns, Sachsen, Schlesien und die benachbarten Gebiete wimmeln von Tschechen, welche Millionen aus Deutschland hinaustragen, ja sogar in Baden haben slawische Arbeiter die Freiheit erlangt, sich über den österreichischen Konsul in Karlsruhe bei der Regierung in Wien zu beschweren, weil er, da sie ganz auf Deutsch konnten, nicht in ihrer Muttersprache mit ihnen verkehrte. Auch das Nonnenheimer Industriegebiet besitzt einen unschuldigen „böhmisch-slawischen“ Verein. Aber Michel merkt noch nicht, er gibt den fremden Schmarobern noch Arbeit und Brot, anstatt sie zu ihrem „goldenen Ritterorden“ Prag oder in die geeigneten Kulturgebiete der Marktschlehdler zurückzuführen. Chr. D.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 12. Januar 1909.

Zentrumspolitik.

Würdige Zurückhaltung — Politik der freien Hand — fordert die „Köln. Volksztg.“ sowohl von Herrn Erzberger wie von Herrn Martin Spahn. Ersterer hat sich bekanntlich für eine Abwehrmehrheit aus Zentrum und Liberalen erwärmt, während Spahn empfahl, mit den Konservativen wieder anzubündeln. Das Zentrum könne sich nicht mit Gout und Haor den Liberalen verschreiben, die Konservativen wollten das Zentrum nur als Rückendeckung benutzen, um die ausschlaggebende Stellung im Reichstage zu behaupten, meint die „Köln. Volksztg.“, um dann weiter zu schreiben: Lebenswürdigkeiten von Seiten des Zentrums sind den Konservativen vor allem deshalb erwünscht, weil sie ihnen helfen, den liberalen Blocktrüber zur Weichheit zu erziehen. Was wird also erreicht, wenn von Zentrumsseite die Bereitwilligkeit, mit den Konservativen zusammenzugehen, allzu gefühllos betont wird? Es wird lediglich erreicht, daß die konservativen sich desto behaglicher im Block einrichten können. Die „Köln. Volksztg.“ kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine Politik der freien Hand nach beiden Seiten hin für das Zentrum in der gegenwärtigen Situation das einzig richtige sei, es bestehe kein Anlaß, den Blockparteien ihre gegenseitigen laßlichen Züge zu erleichtern. Die „Köln. Volksztg.“ hält daher sowohl den Artikel Erzbergers, wie den Spahns für verfehlt, letzteren auch deshalb, weil er ohne Veredlung auf die Führung der Zentrumspartei selbst zurückgeführt werde. Es sei dann ferner nicht richtig, wenn Herr Spahn einen Gegensatz zwischen Zentrumskraktion und Zentrumspresse konstruieren wolle. Die Ausführungen der „Köln. Volksztg.“ über diesen in letzter Zeit viel erörterten Punkt verdienen Beachtung: Darum sollten die Mitglieder der Zentrumspresse von Haus aus radikalere Auffassungen zugehen als die Abgeordneten? Darum sollten jene mehr literale, diese mehr konservative Anschauungen für ihre Tätigkeit mitbringen? Sie repräsentieren doch nicht zwei verschiedene Schichten der Bevölkerung, sondern dieselbe Partei; es sind dieselben Wählerkreise, auf deren Zustimmung sowohl die Presse wie die Kraktion angewiesen ist. Es kann wohl einmal ein Unterschied in der Tonart sich bemerkbar machen, die Presse kann eine Auffassung stärker zum Ausdruck bringen als die vielfach auf Kompromisse angewiesene Kraktion, aber grundsätzlich und sachlich kann von vornherein ein Unterschied nicht obwalten, und sollte sich doch einmal eine bedenkliche Differenz in schwerwiegenden Fragen zeigen, so hätte man in der Partei alle Veranlassung, gründlich nach dem Rechten zu sehen und sich allerorts mit ernster Selbstprüfung zu fragen, wo die Ursachen des Mißverhältnisses zu suchen und wie künftig solche Erscheinungen zu vermeiden sind. Liegen die Dinge heute so? Gewiß nicht. Es handelt sich nicht um eine Meinungsverschiedenheit zwischen Presse und Kraktion, sondern um eine Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien, deren Namen habe, daß man aber nach Hermann, Moletey und ich weiß nicht sonst wie nennt, und das bei andern sehr schlecht wird und ungebührlich ausartet. Doch auf einem ganz natürlichen Wege in der Regel der Donner rollen und die Wellen drausen können, verhält sich von selbst. Wie glücklich Sie oder die Regierung: kein Damm, kein Feld durch den abgerissenen unterbrochenen Vortrag ausgebracht haben, ist überraschend, so wie die Anticipation des Gefährlichen vor der Stelle: doch Süssens Bild.“ —

Seuilleton.

Goethe und Johanna Sebus.

Eine Jahrhundert-erinnerung.
Am 12. Januar 1809 wurde bei einem besonders schweren Übergange des Rheins der Damm von Cleverham durchbrochen und die Fluten des Stromes wälzten sich über das anliegende Sand hin. In dem Hiesigen Grieshausen im Kreise Cleve, der hauptsächlich durch die Ueberschwemmung getroffen wurde, lebte ein 17-jähriges Paueramädchen, Johanna Sebus, mit ihrer alten Mutter und einer anderen Hausgenossin, die drei kleine Kinder hatte, in einem Häuschen, das der Gefahr besonders ausgesetzt war. Es gelang dem mutigen Mädchen, zunächst die Mutter durch die wogenden Wasser zu tragen und auf sicheren Land zu bringen. Dann wandte sie sich logisch wieder zurück durch die Flut, um auch noch die Nachbarin mit den Kindern zu retten. Doch unterdessen war das Wasser immer höher gestiegen; sie gelangte wohl noch einmal zu dem Häuschen zurück, aber dann riß der Strudel mit furchtbarer Gewalt das heldenhafte Mädchen und die, welchen sie hatte Hilfe bringen wollen, mit sich fort und bettete alle für immer in dem wässern Grab. Die lähne aufopfernde Tat des einfachen Mädchens erregte allgemeine Bewunderung und die Kunde davon verbreitete sich rasch überallhin. Der Unterpräfekt des Departements Cleve Baron Keneberg eröffnete eine Subskription zur Errichtung eines Denksteins für Johanna und wandte sich auch an Goethe mit der Bitte, das Unternehmen durch eine poetische Gabe zu fördern. Goethe fühlte sich angesprochen durch diese Anregung guter Menschen, die in einer alles verschlingenden Zeit das Andenken einer reinen Menschenhandlung erhalten wünschten. Es verlockte ihn, wie er an Hein-

rich schrieb, in seiner Jenseit-Einsamkeit sich „die Nothwendigkeit dieser unschuldig guten Handlung gerne zu vergegenwärtigen.“ So schrieb er denn am 11. und 12. Mai 1809, die ihm mitgetheilten Einzelheiten sorgfältig verwendend, die bekannte Ballade Johanna Sebus „Zum Andenken der siebzehnjähr. schönen Guten“, die die Erinnerung an das Mädchen's Aufopferung lebendiger erhalten hat als das Denkmal, das ihr bald darnach zu Grieshausen errichtet wurde. Goethe änderte den Namen des Mädchens in seinem Gedicht in „Schön-Süssen“ um im Anfang an ein Gedicht Büngers, dessen „Lied vom braven Mann“ überhaupt in Goethes Dichtung weiterklingt, vor allem aber weil ihm der eigentliche Name nicht poetisch verwendbar schien, weil, wie Luise Seidler an ihre Freundin Pauline Wotter schrieb, „im Hannchen nicht gefallen und Johanna wegen der von Dürer's zu poetisch gewesen wäre.“ Es sah dem Dichter nicht unangenehm, „daß die Goethe zu einer Zeit, wo so ungeheure Taten geschähen, sich gegen die nothwendige Handlung eines Paueramädchens flüchtet“, und aus seinen Briefen ist eine gewisse Befriedigung zu erkennen über die Rönne, die er der „armen Nojabe“ gewidmet. Bei der ersten Jahresfeier der Tat, am 12. Januar 1810, wurde das Gedicht feierlich recitirt. Doch erhielt es erst seine eigentliche Popularität durch die Komposition Felters, die Goethe sein eigen Werk noch lieber machte. Am 21. Februar 1810 sandte der Berliner Komponist dem Freunde „meine, unsere Johanna“, eine Konfate mit „Solostimmen für die Erzählung und Chor für den Refrain“. Des Werk wurde von dem Weimarer Kapellmeister Oberwein einstudiert und mehrere Male zu Goethes höchster Befriedigung aufgeführt. Der Dichter nutzte die Komposition, die ihm immer ein Lieblingsstück unter den Liedern des Freundes blieb, ein Mutter der reinen und höchsten Melodie in der Musik; er knüpfte allerlei musikaltheoretische Betrachtungen daran und schrieb an Felter am 6. März 1810: „Sie haben auf eine sehr bedeutende Weise von demjenigen Gebrauch gemacht, wofür ich

Eine Unterredung mit Ewen Hedin.

Ewen Hedin, der nach dreijähriger Dauer seiner Forschungsreise nach Europa zurückkehrte, traf am Sonntag in Petersburg ein, wo er am Moskauer Bahnhof von den Mitgliedern der schwedischen Gesandtschaft, des Generalkonsuls und der schwedischen Kolonie begrüßt wurde. In einer Unterredung, die ein Vertreter des „Berl. Tagebl.“ mit dem kühnen Forscher hatte, bot dieser einige Aufschlüsse über seine Forschungsreise und ihre Ergebnisse an. Ewen Hedin betritt Stockholm am 18. Okt. 1908, reiste über Kleinasien, Persien und Indien nach Tibet, wofür er zwei Jahre einen Monat verblieb, darn begab er sich nach Indien zurück, folgte einer Einladung nach Japan mit gemeinlichem Aufenthalt, besuchte Korea, die Mandchurie, um jetzt mit der sibirischen Eisenbahn heimzureisen. Die Gesamtkosten betragen für die 1/2 Jahre umfassende Expedition einschließlich Ausrüstung, Proviant, Geschenken, Ablohnung und Unterhaltung der Leute und Tiere nur 110000 M. Die Expedition bestand aus 26 Lapakis und 130 Tragtieren. Hedin war alleiniger Führer und der einzige Europäer. Fast unbenutzt unterwegs durchzog Hedin vielfach völlig unbewohnte Strecken; darunter unternahm er einen Forschungszug, währenddessen er 88 Tage lang keinen Menschen begegnete. Die Bevölkerung ist den Europäern

dem die Zentrumsfraktion hat kein anderes Bestreben, als es die Zentrumsfraktion ebenfalls haben muß: daß nämlich die volle Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit der Fraktion in diesen schwierigen Zeitaltern sichergestellt werde durch eine stets wirksame Leitung. Jetzt wo der Reichstag wieder zusammentritt, war es an der Zeit, das zum Ausdruck zu bringen. Die Zentrumsfraktion im Lande, die stets mit Vertrauen der Fraktion gefolgt ist, will sich dieses Vertrauen nicht beeinträchtigen lassen durch tatsächliche Auseinandersetzungen, die den Eindruck der Zerfahrenheit machen. Die Zentrumsfraktion im Lande wünscht und erwartet einheitsliche Zentrumspolitik und nichts weiter, Zentrumspolitik ohne Seitenblicke nach links oder rechts."

Es ist ganz klar, daß recht erhebliche „Unstimmigkeiten“ im Zentrumslager bestehen müssen, wenn ein derartiger adhortativer und warnender Artikel vom größten deutschen Zentrumsblatt für notwendig befunden wurde. Die Nichtstimmung wendet sich gegen die Zentrumsfraktion, die nach Meinung der Augen und Vorkäfigen im belagerten Zentrumslager Herrn Erzberger zu frei schalten und walten läßt. Dieser Benjamin, der auf eigene Faust im In- und Auslande sehr selbstbewußte Zentrumspolitik treibt, hat, weil es an einer „stets wirksamen Leitung“ seitens der Fraktionshäuptlinge fehlte, die Geschlossenheit und Einheitslichkeit der Zentrumsfraktion in Frage gestellt und die „Köln. Volksztg.“ fordert kategorisch, daß die Fraktion Herrn Erzberger den Maulkorb anlege, ja sie macht der Fraktion ziemlich unerbittlich den Vorwurf der Zerfahrenheit. Und im übrigen, indem die „Köln. Volksztg.“ eifervoll befreit, daß im Zentrumslager zwischen Presse und Fraktion Gegensätze mehr demokratischer und mehr konservativer Natur vorhanden seien, befähigt sie diese unbefriedigbare Tatsache für den Tiefereferenten. Und den Stein ins Rollen brachte hauptsächlich Herr Matthias Erzberger. Wir sind gespannt, wie sich das Zentrum weiter mit dem unbehaglichen Herrn abfinden wird.

Schiffahrtsabgaben und Rheinstromverbesserung.

Die Handelskammer Mainz hielt in Gemeinschaft mit Vertretern der Handelskammern Bingen und Worms und der Stadt Mainz, sowie unter Zuzugung von Sachverständigen des Schiffbaues und der Reederei eine Konferenz ab, um das von der preussischen Regierung ausgearbeitete Projekt eines Schleusenkanals am Ringerloch auf seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin zu erörtern. Die sehr eingehende Besprechung führte zu folgendem Ergebnis:

Eine wesentliche Vertiefung der Rheinstraße zwischen St. Goar und der Mainmündung ist im Interesse des Rheinverkehrs nicht geboten, es genügt vielmehr, wenn die durch die Rheinschiffahrtsakte vorgeschriebenen Arbeiten zur laufenden Verbesserung und Instandhaltung des Fahrwassers in der bisherigen Weise fortgesetzt werden. Eine Schleusenanlage im Ringerloch in der vorgeschriebenen Weise erscheint nicht geeignet, eine Verbesserung der Durchfahrt durch das Ringerloch herbeizuführen. Die vorgesehene Abmessung der Schleuse von 26 Meter Breite und 100 Meter Länge erscheint zu gering und würde an sich nur die Aufnahme eines Schlepptuges mit drei Anhängern ermöglichen. Daß zwei Schlepptüge gleichzeitig passieren werden können, wie die Denkschrift annimmt, erscheint praktisch ausgeschlossen. Die Durchfahrtszeit ist mit 30 Minuten viel zu gering angesetzt und würde mindestens eine Stunde betragen im Hinblick namentlich auf die mit der Einfahrt und Ausfahrt eines Schlepptuges mit mehreren Anhängern verbundenen Schwierigkeiten und Gefahren, sobald bei unvollständiger Arbeit nur noch Schlepptüge den Kanal passieren könnten. Nacharbeit ist gefahrlos im allgemeinen verboten und würde auch an sich wegen des Fehlens von Ankergrund und wegen sonstiger Erschwernisse, die gerade auf dieser Strecke für die Schiffahrt bestehen, nicht möglich sein. Schon jetzt passieren aber bis zu 40 Schlepptüge das Ringerloch. Dazu kommen die Schwierigkeiten, welche dem Ausfahren eines Schlepptuges aus dem stillen Wasser des Kanals in den Strom bergaufwärts entgegenstehen, wozu Kollisionen des Schlepptuges mit den anlaufenden Anhängern und schwere Beschädigungen der Schiffe an der Schleuse selbst entstehen müssen. Durch die Anlage der Schleuse ist weiterhin eine Verschlechterung des freien Fahrwassers im Ringerloch, namentlich durch die Verhärtung des Stromes, zu erwarten. Die ganze Anlage der Schleuse an der Stelle des natürlichen Stromes ist ein den bisherigen Grundrissen widersprechender Bau, der auch unter Berücksichtigung der am Eisernen-Tor in der Donau gemachten Erfahrungen Bedenken erwecken muß.

Die wieder geplante Vertiefung der Rheinstraße oberhalb des Ringerlochs bis zur Mainmündung muß ebenfalls große Bedenken erregen, einmal wegen der dadurch voraussichtlich bewirkten Beschleunigung der Strömung und der Senkung des Niveau und wegen der Schwierigkeiten, die Hafen- und Mainanlagen der Städte mit dem Tiefergang der vergrößerten Schiffsgesäße in Uebereinstimmung zu bringen. Schon bei den jetzigen größeren Schiffsgesäßen ist es bei niedrigem Wasserstand oft schwer, an die Mainanlagen heranzukommen. Es ist zu erwarten, daß eine Enttiefung nicht

allein des Schiffbaues, sondern auch der lockerspieligen Hafen- und Anlagen der Städte infolge der geplanten Veränderung des Fahrwassers eintritt. Der Umstand, daß das Ringerloch infolge von Verbesserungen geheimer ist, betragt nach Ansicht der Konferenz den Schiffkanal auch nicht zu vertiefen, da derartige Leistungen für die Schiffahrt nicht von so erheblicher Bedeutung sind, daß sich dadurch der Aufwand von rund 81 Millionen Mark rechtfertigen ließe, zumal auch der Betrieb der Schleusenanlagen, ganz abgesehen von den hervorzuhebenden allgemeinen Schwierigkeiten, Hemmnissen erfahren wird, wie dies schon durch die bestehenden Schleusenanlagen im Main erwiesen ist. Allein durch die Aufwendungen für Zinsen, Amortisation, Betrieb und Unterhaltung der an dem Projekte der Vertiefung des Rheins von St. Goar bis Mainz zusammenhängenden Wasserbauten würden die Einnahmen aus der geplanten Schiffahrtsabgaben aufgebraucht, ja es erscheint zweifelhaft, ob diese hierzu überhaupt ausreichen würden. Woher sollen alsdann die Uebrigen für das Stromgebiet des Rheins und seiner Nebenläufe erforderlichen Mittel zu Strombauten und Unterhaltungsarbeiten entnommen werden?

Die Konferenz sprach sich schließlich einmütig dahin aus, daß das ganze Projekt entschieden zu verwerfen sei und daß es geradezu den Eindruck erwecke, als ob es zu dem Zwecke ausgearbeitet worden sei, um der Einführung der Schiffahrtsabgaben einen größeren Schein der Berechtigung zu geben.

Zentrum und Reichskanzler.

Ein Offiziosus schreibt in der „Köln. Ztg.“: Berlin, 11. Jan. Man hätte annehmen dürfen, daß die Angriffe gegen das österreichisch-deutsche Bündnis, die sich in letzter Zeit in kirchlichen Blättern Deutschlands und Oesterreichs breit machten, mit den sehr deutlichen Dementis offizieller österreichischer Blätter, besonders mit dem Artikel der „Wiener Deutschen Korrespondenz“ vom 8. ds. ihren Abschluß gefunden hätten. Einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ hat nun Herr Erzberger erklärt, den bisherigen Angriffen ganz fern zu stehen, sich aber ihren Inhalt gleichzeitig angeeignet, indem er für die früheren Angriffe oberösterreichische Aristokraten verantwortlich macht und behauptet, ebenso gut wie jene zu wissen, daß in sehr ersten politischen Kreisen Oesterreichs gegen die deutsche auswärtige Politik Verstimmung herrsche. Dieser durch nichts begründete erneute Versuch, bei den Verbündeten Mißtrauen gegen die Politik des eigenen Landes zu säen, ist um so bedauerlicher, als er von einem deutschen Volksvertreter ausgeht. Als einziger Beweis für die obigen Behauptungen führt Herr Erzberger an, Herr v. Marschall habe seinen österreichisch-ungarischen Kollegen in Konstantinopel nicht hinreichend unterstützt und als Beispiel dafür wird angegeben, Herr v. Marschall habe ohne weiteres die Zustimmung Deutschlands zu einer geplanten türkischen Zollserhöhung ausgesprochen. Wie dies ein Mangel an Rücksicht auf den österreichischen Bundesgenossen sein soll, ist unerfindlich. Wenn auch nicht der Abgeordnete Erzberger, so hätte doch die „Neue Freie Presse“ wissen müssen, daß zunächst Oesterreich-Ungarn der Türkei ähnliche Eröffnungen gemacht hat. Das Vorgehen des Herrn v. Marschall ist, wie man hier noch besonders hervorhebt, gerade darauf berechnet gewesen, das österreichische Vorgehen in Konstantinopel zu unterstützen, indem der Botschafter gemacht wurde, daß sie durch die Verständigung mit Oesterreich-Ungarn sich auch das freundliche Entgegenkommen Deutschlands auf dem für sie zurzeit wichtigsten Gebiete, dem finanziellen, sichere. Ganz klar scheinen die Aeußerungen des Herrn Erzberger von dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ übrigens nicht widergegeben zu sein, denn es ist doch nicht gut möglich, daß der so wohlunterrichtete Abgeordnete Erzberger davon spricht, die Türkei habe „vor Ablauf des Handelsvertrags“ ein Geschenk erhalten, denn jedem deutschen Abgeordneten muß es doch zum mindesten noch in der Erinnerung sein, daß vor 3 Jahren bei Gewährung des dreiprozentigen Zollausfalls an die Türkei der Reichstag deshalb hierzu seine Zustimmung gegeben hat, weil darin eine Abänderung des überhaupt noch nicht in Kraft getretenen deutsch-türkischen Handelsvertrags lag. Es mögen vielleicht die Oesterreicher, die über diese Dinge ebenso verporrene Ansichten haben, wie sie von der „Neuen Freien Presse“ dem Herrn Abgeordneten Erzberger in den Mund gelegt wurden, Verstimnungen gegen Deutschland vorliegen, „sehr ersten politischen Kreisen“ in Oesterreich derartige Anschauungen zuschreiben, ist zum mindesten unhöflich.

Zur Reichsfinanzreform

hat die Deutsche Mittelstandsvereinigung folgende Entschliessung angenommen: Die außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung

licher Sprache geschriebenen Sammelwerke dreizeit, demnachst in London erscheinen soll.

Buntes Feuilleton.

— Ueber Simulanten berichtet der Berliner Nerbenarzt Dr. Dr. Leppmann in Nr. 14 des „Dabem“ und stellt an einigen Fällen dar, wie die Sachverständigen vorgehen, um den Täuschungen zu entgegen. Die Herren Simulanten, schreibt er, ahnen nicht, wie mannigfaltig unser Rüstzeug ist. Da besitzen z. B. die Augenärzte kein konstruiertes Apparat, durch die sie Personen entlarven können, die halbseitige Blindheit simulieren; der Untersucher sieht durch eine Linse bestimmter Konstruktion, ohne unterscheiden zu können, mit welchem Auge er in Wirklichkeit sieht. Er glaubt, einen Gegenstand mit dem einen, notorisch gefundenen Auge gesehen zu haben und hat in Wirklichkeit mit dem angeblich blinden Auge gesehen. Die Oheerärzte können in entsprechender Weise die Simulation einseitiger Taubheit ermitteln. Dann haben wir die Ningenapparate, mit denen wir in das Innere des Körpers hineinleuchten können und mit denen schon mancher Betrug aufgedeckt worden ist — beispielsweise bei jenem Soldaten, der nach einem Sturz beständig einen geschwollenen und eitrigen Finger hatte, bis man im Röntgenbilde ein: Anzahl Stefnabelspitzen fand, die er sich selbst nach und nach unter die Haut praktiziert hatte. Wundmal glückt es, durch eine erlaubte Kriegswunde den Simulanten in großer Gewandtheit ab abzurufen zu führen. Folgende Unterhaltung spielte sich einmal zwischen Arzt und Untersuchtem ab: Der Untersuchte: „Herr Doktor, ich kann den linken Arm bloß noch so hoch bringen.“ (Er hebt den Arm bis zur Wogerechten.) Der Arzt: „Und wie hoch konnten Sie ihn früher bringen?“ Der Untersuchte: „No, so hoch.“ (Er hebt den angeblich kranken Arm senkrecht in die Höhe.) Damit war die Untersuchung beendet. Die Geschichte ist zwar wahr, aber so

besont die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Reichsfinanzen, stellt aber fest, daß die Vorlagen der Regierung hauptsächlich die mittleren Erwerbsschichten belasten und das leistungsfähige Großkapital, von dem der Reichschatsekretär befremdlicherweise erklärt hat, daß es „illegitim behandelt werden müsse“, nicht in ausreichender Weise heranziehen. Deshalb bittet die Vereinigung den Reichstag, in den Kreis seiner Beratungen über die Finanzreform besonders die Frage einer Pansumsteuer, einer Erhöhung der Verbrauchssteuer, des Kalimonopols und des Petroleummonopols zu ziehen. Die Deutsche Mittelstandsvereinigung möchte ferner auf den wünschenswerten Ausbau der Luxussteuern empfehlend hinweisen. Lebhafte Bedenken äußert die Vereinigung gegen die Zigarettenbanderolensteuer, die zweifelhafte durch eine Erhöhung des Tabakzollses zu ersetzen wäre. An die Stelle der Verbrauchssteuer sollte eine progressiv steigende Steuer auf das fertige Bier treten, die so hoch zu gestalten wäre, daß die volle Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten gewährleistet wird. Falls der Preussische Landtag den Entwurf der Gesellschaftsteuer ablehnen sollte, was die Deutsche Mittelstandsvereinigung umsomehr bedauern würde, als gerade diese Steuer einen ausgesprochen mittelstandsfreundlichen Charakter trägt, ist der Erlass einer Reichsdividenden- und Kuponssteuer dringend zu empfehlen. Die Deutsche Mittelstandsvereinigung spricht sich ferner gegen Einführung der Besteuerung von Licht und Kraft aus. Sie hält diese Steuerarten für einseitige Belastungen des erwerbssfähigen Mittelstandes und andererseits für geeignet, das Finanzwesen vieler Kommunen schwer zu erschüttern. Die Vereinigung spricht endlich die Erwartung aus, daß der Reichstag sich gegenüber der Anzeigensteuer ablehnend verhalten werde und erhebt Einspruch gegen die Behauptung des Reichschatsekretärs, daß es im wesentlichen die Großindustriellen seien, die durch diese Steuer getroffen würden. Die Generalversammlung betont, daß der Mittelstand auf das Hilfsmittel der Zeitungsreklame angewiesen ist und durch eine Verteuerung des Anzeigewesens empfindlich geschädigt werden würde."

Deutsches Reich.

— (Verein staatlicher und kaiserlicher Ingenieure Deutschlands Eingetr. Verein.) Unter diesem Namen begründete sich mit dem Sitze in Berlin ein Verein akademisch gebildeter technischer Staats- und Gemeindebeamten, dem sofort eine größere Anzahl Mitglieder beitrug. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, die besonderen Standesinteressen aller im Staats- und Gemeindefunktion stehenden akademischen Ingenieure, Dozenten, Architekten, Chemiker und Physiker nach Kräften zu fördern. Ebenso werden als Mitglieder Offiziere der technischen Truppen, Ingenieure der kaiserlichen Marine und solche Herren aufgenommen, die nach Abgang von einer Hochschule vorübergehend in der Privatindustrie tätig sind, sofern sie eine öffentliche Anstellung als Staats- oder Gemeindebeamter anstreben.

Deutscher Handelstag.

Nach der Waise sprach zunächst Viermann-Bremen über die Steuer auf Tabak. Er verworf das System der Bändersteuer, da mit ihm eine scharfe Kontrolle verbunden sei, die zur Konzentration im Gewerbe führen müsse; auch das Verschwinden der Anonymität des Herstellers würde die Kleinbetriebe schädigen. Geschädigt würde auch der Zwischenhändler, und die Heimarbeit werde erschwert. Der Redner verworf jeden Eingriff in die bestehende Besteuerung, besonders jede Steuer nach dem Wert, da dessen Festsetzung außerordentlich schwierig sei. Entgegenkommender äußerte sich der Mitredner Herrmann Goebeler Kommerzienrat Schöps-Dibbesheim. Er empfahl namentlich des Ausschusses den Ausbau des bisherigen Steuerystems, aber ebenfalls unter Verzicht auf eine genauere Bemessung der Steuer nach dem Wert der Ware und unter Schonung des Rauchs, Kaus- und Schnapstabaks. Stadtrat Schönig-Blottho verworf die Konzeptionen, die der Vortrager gemacht hatte. Die Tabaksteuer sei nicht eine Frage des Profits, sondern eine Arbeiterfrage. Der Redner empfahl unter allgemeinem Hallo eine Erhöhung des Koffeinzolls. Auch Goebeler Kommerzienrat Collenbush-Dresden verworf jede Erhöhung der Tabaksteuer. Bogellang-Redlinghausen von der Handelskammer Münster bestritt, daß eine Tabaksteuer unendlich sei. Unter allgemeiner Spannung Schritt man zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, der die Bändersteuer verwarf, dagegen den Ausbau des bisherigen Steuerystems empfahl. Die Bändersteuer wurde einstimmig verworfen, der Ausbau des Steuerystems mit großer Mehrheit gutgeheißen.

misträulich und feindselig gefinnt, die Fremden werden als Einbringlinge konst häufig erworbet. Dagegen benehmen sie sich gegenüber freundlich. Er konnte mit den meisten Stämmen in ihrer eigenen Sprache reden, behandelt die Leute subzornmend und verließ die Hauptlinge mit Geschenken. Wie Sven Debin erzählte, ist der Dalai Lama schon seit vier Monaten aus Tibet unterwegs und hat am 21. Dezember Peking verlassen. Seither weiß niemand, wo er sich aufhält. Die Regierung in Tibet wird unterdessen von vier Ministern geführt. Der frühere starke englische Einfluß ist fast völlig zurückgegangen. Den Engländern ist heute nur noch der Handelsverkehr zwischen Tibet und Indien unter Benutzung der Hauptstationen Garrod, Ghanshe und Jalung erlaubt, daß ganz übrige Tibet jedoch verschlossen. Dagegen breitet sich der chinesische Einfluß immer weiter aus. Die Chinesen gehen sehr langsam zu Werke und werden voraussichtlich Tibet mit der Zeit ganz in Besitz bekommen wie vor dreihundert Jahren unter der Dynastie des Kaisers Mandshou. Der Dalai Lama kann sich auch nur solange halten, wie er chinesische Protektion genießt. Die tibetanische Bevölkerung ist zwar lamobuddhistisch religiös, doch keineswegs fanatisch. Seinen einzigen festen Anhang findet der Dalai Lama in der Priesterkastei. Die tibetanische Kultur steht noch heute auf der tiefsten Stufe der Naturvölkerkosten. Das Klima, besonders in den Gebirgen, ist äußerst hart und streng. Schneehirme und Frostwitterung herrschen den ganzen Sommer bei unerträglich fürchtbaren Winden vor. Das absolute Minimum beträgt nahezu 40 Grad Celsius. Dringt die Sonne durch, so verbrennt sie den menschlichen Körper infolge der geringen Absorption der Sonnenstrahlen in der Höhe, während gleichzeitig in der Schattenzeit vollkommener Winter herrscht. Die einzige der Einwohnerschaft bekannte Waffe ist die lang 3hrige Feuerflinte. Debins geographische Ausbeute ist außerordentlich groß; er hat Tausende kleiner Handzeichnungen und sechs Beschreibungen angefertigt, die zu einem großen, in eng-

leicht haben wir es natürlich nur selten. Manchmal müssen wir geduldig warten, bis der Heuchler sich bloßstellt. Bisweilen dauert das nicht lange: derselbe Mann, der eben noch bei jedem Blickverfuch dornüber toumelte, schämt sich am Ende der Untersuchung, tief gebückt stehend, gemächlich die Hände zu, der im Sprachzimmer Dinkende verlißt gleichmäßigen Schrittes das Haus des Arztes. Noch kürzlich haben wir einen Unfallverletzten, dessen Fuß frampfhaft nach innen gedreht war. Wir sagten uns: Wenn das unecht ist, wird der Mann es nicht lange aushalten; und richtig, nach zehn Minuten hing der Fuß an zu zittern und zu schwingen, die Spannung löste sich, und die natürliche Stellung trat sachte wieder ein. Schmerz als körperliche Krankheiten sind Geistesstörungen mit einiger Ausdauer vorzutauschen. Die Zeiten, in denen man glaubte, Simulationsordnungen durch Hunger, Einspernung, ja durch Foltern zur Aenderung ihres Verhaltens zwingen zu müssen, gehören zum Glück der Vergangenheit an. Im Unrecht freilich sind diejenigen, die vom Arzt eine besondere „Schneidigkeit“ im Herausfinden der Simulation verlangen. Wer die Tendenz hat, überall Betrug zu erschnüffeln und möglichst rasch den vermeintlichen Betrüger abzuschaffen, der verkennt die Schwierigkeiten der ärztlichen Diagnostik und verliert die Vorurteilslosigkeit, die ein kostbares Gut des ärztlichen Berufes sein soll. Vollends übel angebracht ist es, wenn Nichtärzte, seien es nun Polizeibeamte, Juristen, Geschworene, Reporter oder sonstige Voten, die zufällig Jengen wirklich oder scheinbarer Krankheitszustände werden, meinen, daß sie in Simulationsfragen ein selbständiges Urteil abgeben dürften. Betrochten wir nämlich die Personen, die Simulationsversuche machen, genauer, so sehen wir, daß sie in der Mehrzahl geistig minderwertig sind. Schrullenhaftigkeit bis zur vollständigen Vernunft, Beschränktheit bis zum hochgradigen Schwachsinn und Hysterie von allen Graden finden wir da vertreten. Besonders wenn Menschen sich, um Krankheit vorzutauschen, selbst erheblich beschädigen, sind es

Ueber die Brauener sprach Wohlen-Hamburg. Bei der vorigen Steuerreform hatte der Ausschuss des Handelsrates die Erhöhung der Biersteuer gebilligt, das Plenum mit 175 gegen 131 Stimmen aber verworfen. Der Berichterstatter bemängelte, daß das neue Gesetz mit der Aufrechterhaltung der Staffel von 8 Mark nicht die Erziehung berücksichtige, daß infolge der hierin liegenden starken Begünstigung der kleinen Brauereien, die Erhöhung der Steuer von 1906 auf die Verbraucher, mäßigungen und hierdurch in Verbindung mit anderen dem Gewerbe auferlegten Lasten eine schwere Schädigung des Gewerbes eingetreten sei. Er befürwortete, um der Gefahr eines weiteren Niederganges vorzubeugen, eine Verengung der Staffelform. Die Ausführungen wurden unterstüzt vom Direktor der Schultheißbrauerei in Berlin, Funke, der besonders die ungünstige Lage des Gewerbes beleuchtete. Die Ablehnung der Vorlage beantragte auch Kommerzienrat Leib-Reinigen, der meinte die Zulässigkeit einer weiteren Bierbesteuerung und bestritt die Möglichkeit der Abwälzung der Steuer durch ihre eigene Schwere. Der Antrag auf Verengung der Staffelform beschreibe einen falschen Weg, denn sie nütze nur den Großbrauereien und untergrabe die Einigkeit unter den Brauereien. Die Staffelform ist überhaupt ein Übel; die Möglichkeit der Abwälzung sei die Hauptsache. Plauer-Karlsruhe schilderte die Schwierigkeiten der Referatsstaaten im Falle einer Steuererhöhung. In der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses, so wie ihn der Berichterstatter Wohlen befürwortet hatte, angenommen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 19. Januar 1900.

Bericht wurde Hauptamtsassistent Ernst Bötz in Basel nach Göttingen, Hauptamtsassistent Heinrich Jung in Siedingen unter Einemennung zum Vorsteher einer Vollabfertigungsstelle nach Waldbrunn und Betriebsassistent Daniel Hege in Durlach nach Göttingen.

Zu den Aufstän der Berichterstatter wurde Amtsgerichtsrat Josef Schäfer in Waldbrunn seinem Ansuchen entsprechend wegen leidender Gesundheit und Registrarsassistent Konrad Diehm bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßendirektion unter Verleihung des Charakters als Kanzleifreier.

Erzbischöfliche Verordnung. Aufgrund der Beschlüsse der katholischen Kirchensteuerkommission und der hierzu mit Staatsministerial-Erlassung erteilten Staatsgenehmigung erläßt der Erzbischof folgende Verordnung: 1. Zur Deckung allgemeiner kirchlicher Bedürfnisse im babilischen Teile der Erzbischöflichen Freieigenschaft sind für die Jahre 1900, 1910 und 1911 an allgemeiner Kirchensteuer zu erheben: a) von 100 Mark Vermögenssteuer 1 Pf.; b) von 100 Mark Einkommensteuer 2 Pf., somit durchschnittlich jährlich 667 500 M. 2. Zur Aufbesserung des Brändereinkommens der Inhaber von Pfarrpfründen sind jährlich 880 000 Mark aus Mitteln der allgemeinen Kirchensteuer zu verwenden, und zwar nach Maßgabe des angenommenen neuen Dienstaltersystems zur Gewährung folgender Einkommenshöhen: bei einem Dienstalter bis zu 10 Jahren 200 M., vom vollendeten 10. bis 15. Jahr 2400 M., 15. bis 20. Jahr 2700 M., 20. bis 25. Jahr 3000 M., 25. bis 30. Jahr 3300 M., vom 30. Jahre ab 3400 M. Im übrigen erfolgt die Verwendung der Steuererträge nach Maßgabe des vorjährig festgelegten Voranschlags mit den von der Verteilung beschlossenen Veränderungen.

Lotterien. Der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde der Vertrieb von je 5000 Losen der 10 Serien ihrer 3. Geldlotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete im Großherzogtum gestattet.

Kirchliches. Zur händigen öffentlichen Ausübung kirchlicher Funktionen, sowie zur Erhaltung von Kirchenämtern im Großherzogtum wurden unterm 14. Dez. angeschlossen 14 evangel. protestantische Geistliche und 48 Kandidaten der katholischen Theologie.

Prüfungsergebnisse. Die Gerichtsprüfungskommission, bestehend im Jahre 1900 23 Mitglieder. — Auf Grund der diesjährigen Amtswahlprüfung wurden 17 Benaufführungskandidaten als zum Amtswahlamt befähigt erklärt.

169 Gerichtsbescheide sind dem Stande vom 1. Januar 1900 nach in Baden tätig.

Geheimrat Archt über Arzt und Publikum. Im Bürgerausschuß des alten Rathauses hielt gestern Abend Herr Geheimrat Archt einen Vortrag über das Thema „Arzt und Publikum“. Der Redner besprach zunächst das Verhältnis zwischen Arzt und Patient und wies darauf hin, daß dies leider nicht immer ein gutes sei. Die Beziehungen zwischen Arzt und Patient müßten eine gesündliche Seite haben, aber der Kernpunkt des Verhältnisses sei doch ein anderer; denn der Rat der Ärzte sei überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen, so wenig wie ein guter Rat eines treuen Freundes mit Geld bezahlt werden könne. Die pelagiäre Seite trete nie in den Vordergrund. Die Art des früheren Verhältnisses zwischen Arzt und Kranken sei das einzig richtige gewesen, wenn es auch nicht modern war. Im Jahre 1869 unter Virchow's parlamentarischem Einfluß wurde der Stand der Ärzte in die Gewerbeordnung aufgenommen. Ueber die Konsequenzen dieses Schrittes herrichten die merkwürdigsten Anschauungen. Aber nicht allein die Aufnahme der Ärzte in die Gewerbeordnung führte zu einem Umschwung in dem Verhältnis zwischen Arzt und Patient, sondern in weit höherem Maße brachten dies die Ansuchen, sowie die raschen und gewaltigen Veränderungen in wissenschaftlichen, religiösen und sozialen Anschauungen der letzten 30 Jahre mit sich. Die Popularisierung der Wissenschaft trug in weite Kreise wissenschaftliche Bildung. Aber sie führte auch zur Halbgebildung. Der Geist der Medizin schien wirklich leicht zu fassen und über etwaige Konsequenzen immer geistig abnorme. Verfasser dankt hier besonders an die „Wilden Männer“, deren Verhalten vor Gericht und im Strafprozeß jetzt so viel Staub aufwirbelt. Das Publikum meint natürlich, das wären alles nur Simulanten, die durch verdorren oder tobkräftiges Benehmen der gerechten Strafe entgehen wollen. In Wirklichkeit verhält es sich anders: 60 Hundertel von diesen „Wilden Männern“ sind echte Geisteskrante, und mancher ist darunter, der, sobald er sich etwas beruhigt hat, den Arzt flehentlich bittet, nicht auf unbesinnliche Zeit in die Irrenanstalt, sondern auf begrenzte Zeit in die Strafanstalt gebracht zu werden. Der Hundertste aber, der wirklich honett krankheit vorzuzieht, ist in der Regel ein geistig minderwertiger und handelt außerdem nicht mit fähler, betrügerischer Ueberlegung, sondern unter dem schweren seelischen Druck, den die Angst vor der Strafe und die Untersuchungshaft als solche bewirkt. Seine geistigen Mängel auf das richtige Maß zurückzuführen, ist natürlich die Pflicht des Sachverständigen, aber die moralische Empörung über den Betrugsversuch kann man sich in den meisten dieser Fälle sparen.

Arterienverkalkung bei Affen. Der „Matin“ erzählt, daß im Institut Pasteur ein Schüler Metchnikoff's, Pierre Boverie, bei zwei Affen künstlich eine Arterienverkalkung hervorgerufen habe. Er hofft, daß dieses Experiment in weiterer Folge dazu führen wird, Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser Krankheit des Alters zu geben.

Schwierigkeiten half möglicherweise ein Konversationslexikon hinweg. In den 70er Jahren war die Zahl der Studierenden gerade auf das Doppelte gestiegen. Dann kam noch die Einführung der Versicherungsgesetze, wodurch der Arzt gezwungen wurde, für eine völlig ungenügende Bezahlung seine Tätigkeit aufzunehmen. Durch die Krankenversicherungsstellen sieht sich der Arzt in die Lage versetzt, mit den Vorständen der Kassen Vereinbarungen zu treffen, d. h. zwischen Arzt und Patient schiebt sich nun eine dritte Person. Was bleibt dann noch von einem Verhältnis zwischen Arzt und Kranken übrig, wenn ein Kranker dann oft zu einem Arzt muß, zu dem er keine Neigung hat? Die unangenehmsten Konsequenzen haben sich infolge der Veränderungen in dem Verhältnis zwischen Arzt und Kranken nach den verschiedenen Seiten hin ergeben. Ist keine es als ob im Kampfe um die Stellung lebhaft die pelagiäre Seite maßgebend sei. In Wirklichkeit spiele die wirtschaftliche Seite der Ärzte durchaus nicht die erste Rolle. Redner besprach sodann mit einigen Worten die Prinzipien der modernen Heilkunde. Man sehe, daß sich alle möglichen Menschen mit der Behandlung von Kranken abgeben. Es sei gar nicht zu leugnen, daß unter Umständen auch ein Nichtarzt einem Patienten einen guten Rat geben könne. Für den Arzt sei auch die Kenntnis der Naturwissenschaften wie auch die Beherrschung der empirischen Methode notwendig. Die Heilkunde ist freigegeben. Es gebe Menschen, die die von den verschiedenen Heilwissenschaften erzielten Resultate mit denjenigen der Ärzte vergleichen zu können glauben. Beim Arzt werden all die Fälle registriert, wo er keinen Erfolg erzielt, während bei den Naturheilkundigen gerade das Gegenteil der Fall ist. Bei dem heutigen Stande der modernen Wissenschaft wisse jeder einzelne Mensch doch genau, wie wenig richtig es ist, die Behandlung von Kranken bei Nichtärzten zu suchen. Um das richtige Verhältnis zwischen Arzt und Kranken wieder herzustellen, gehöre vor allem das Vertrauen. Das richtige Vertrauen zu seinem Arzte schübe den Kranken vor einer weiteren Gefahr. Redner kam am Schluß seiner Ausführungen auf das Auftragen des Arztes nach dem Stande der Krankheit, der Art und des möglichen Ausganges derselben zu sprechen. Dies sei überaus schwierig, da eine Reihe von Ursachen dagegen sprechen.

25jähriges Dienstjubiläum. Im Hause Chemische Fabrik Lindenhof C. Wehl u. C., U. G., beging am Samstag Herr Expeditionschef Jean Leinhard sein 25jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß wurde sein Vult mit Blumen geschmückt. Die Direktion der Fabrik sowie Herr Direktor Dr. Ulem dankten dem Jubilar für die der Firma 25 Jahre hindurch treu geleisteten Dienste in einem anerkennenden Schreiben und überreichten dem Jubilar je ein wertvolles Geschenk. Auch die Beamten der Firma, mit denen Herr Leinhard stets in bestem Einvernehmen lebt, ließen es sich nicht nehmen, ihrem Kollegen die herzlichste Gratulation darzubringen.

Die nachstehenden Angaben über den jüngsten Weihnachts- und Neujahrsvorkehr bei den hiesigen Postanstalten (einschließlich der Vororte) dürften von allgemeinem Interesse sein. Es sind a) in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember 51 883 Pakete aufgegeben worden (gegen 51 829 im Jahre 1907); b) in der Zeit vom 19. bis einschließlich 26. Dezember 87 710 Pakete zur Bestellung und Abholung eingegangen (gegen 88 910 im Jahre 1907). Demnach sind hier im ganzen 89 593 oder durchschnittlich täglich 11 148 Paketendungen (gegen 11 261 im Jahre 1907) bearbeitet worden (ohne die an den Wohnhöfen im Durchgangsverkehr umgehenden Pakete). In der Zeit vom 27. Dez. mittags bis 31. Dezember abends sind an den Schaltern im ganzen 988 214 Freimarken, gestempelte Postkarten und Postentgeltbriefe (gegen 1 018 012 Stück im Jahre 1907), darunter 489 750 Marken zu 3 Pf., 304 074 zu 5 Pf., 149 063 zu 10 Pf., 30 206 Postkarten zu 5 Pf. und 322 Kartenbriefe verkauft worden. Von diesen Mengen entfallen auf die Zeit vom 30. Dezember mittags bis 31. Dezember abends insgesamt an Freimarken, gestempelten Postkarten und Kartenbriefen 548 067 (gegen 560 121 im Vorj.).

Entschäft. In der heutigen Vormittagsnummer brachten wir die Mitteilung, daß Herr Jakob Imhoff in die Wettbewerbsoffiziere verweilt und gegen Stellung einer Kauktion von 10 000 M. an freien Fuß gesetzt worden sei. Diese Mitteilung beruht auf einem bedauerlichen Versehen eines Berichterstatters. Wir stellen gern fest, daß Herr Jakob Imhoff mit der erwähnten Affäre nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich, wie allgemein bekannt sein dürfte, um den Wegereisepreiser Friedrich Imhoff.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Schneidemeisters Guido Einmann in Mannheim, G. 3, 6, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Blum in Mannheim ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 26. Januar angemeldet. Prüfungstermin der angemeldeten Forderungen: Donnerstag, 4. Februar. Weiter wurde über das Vermögen des Franz Reindl, Kolonialwaren-Ländler hier, Sodenheimerstraße 88, das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Herr Kaufmann Friedrich Wöhler ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. Februar angemeldet. Prüfungstermin der angemeldeten Forderungen: Dienstag, 2. März.

Ungelegliche Submissionsvereinbarungen.

Das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten bringt den ihm unterstellten Oberpräsidenten, Baukommissionen, Eisenbahndirektionen etc. eine Reichsgerichtsentcheidung zur Kenntnis, die obwohl bereits vom 8. November 1907 datiert, allgemeine Beachtung verdient. Es ist darin festgesetzt, daß Vereinbarungen, die zwischen Kontrahenten aus Anlaß ihrer Beteiligung an einer Ausschreibung abgeschlossen werden, dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn der Zweck der Vereinbarung auf Täuschung des Ausschreibenden durch anstehenden Unternehmers gerichtet ist. Der Tatbestand, dem dieses Urteil zu Grunde lag, illustriert deutlich genug die Wichtigkeit der Entscheidung.

Die Beklagte hatte der Klägerin den Bau eines Speichers für M. 170 000 übertragen, machte aber dann von dieser Summe einen Abzug von M. 28 000, weil Klägerin sie durch betrügerisches und unloyales Verhalten zur Bewilligung eines von vielen Vertrag zu hohen Nebenabzuges bestimmt und sie dadurch in Höhe dieses Betrages geschädigt habe. Sie macht geltend, die Beklagte habe in der ausgesprochenen Absicht das billige Angebot zu berücksichtigen, acht Unternehmer aufgefordert, Angebote für den beschriebenen Speicherbau einzureichen. Klägerin habe nun eine Versammlung dieser Unternehmer bei sich veranstaltet und den übrigen sieben Konkurrenten eröffnet, daß sie den Bau zu erhalten wünsche. Sie habe bekanntgegeben, daß sie die Kosten auf 161 000 M. berechnet habe. Ein anderer Unternehmer habe als Ergebnis seiner Berechnung M. 161 000 und ein dritter nur M. 151 000 angegeben, während die übrigen eine Berechnung noch nicht aufgestellt gehabt hätten. Man sei dann übereingekommen, daß Klägerin die Mindestfordernde sein solle, wogegen sie sich verpflichtet habe, den übrigen je M. 8000 zu zahlen, falls ihr der Bau übertragen würde. Unter Zugrundelegung eines Uebernahmepreises von M. 160 000 für Klägerin habe man dann vereinbart, daß Klägerin ein An-

gebot zum Preis von M. 180 000 machen solle, während durch Ziehen von mit ganz willkürlichen M. 180 000 übersteigenden Angeboten derselben Zettel bestimmt werden solle, welches Angebot die übrigen einreichen sollten. Dementsprechend sei dann auch verfahren. In Unkenntnis dieses unredlichen Verhaltens habe sie den Preis von M. 180 000 bewilligt, der den Wert des hergestellten Werkes bezw. den angemessenen Herstellungspreis um M. 28 000 übersteigt. Klägerin hat diese Darstellung bestritten, jedoch zugegeben, daß, wie allgemein üblich sei, eine Bestätigung über die Höhe der einzureichenden Offerten stattgefunden habe, nach derjenige, der den Zuschlag erhalte, den übrigen je M. 8000 zu vergüten habe.

Sämtliche Instanzen haben dieses Verfahren zur Ausschaltung der Konkurrenz bei Submissionen für ungesetzlich erklärt und damit die Verpflichtung der Beklagten, die volle Summe zu zahlen verneint; nur über das Maß der tatsächlichen Schädigung bestanden verschiedene Meinungen in der Beurteilung. Das Reichsgericht führte in seiner Begründung aus: Beide Vorinstanzen gehen zutreffend davon aus, daß es ganz in das freie Belieben des Unternehmers gestellt ist, welchen Preis er für seine Arbeiten fordern will, und daß es ihm auch erlaubt sein muß, die sich aus einem Wettbewerb ergebenden Gefahren durch geeignete Vorregeln, insbesondere Preisabreden mit den Konkurrenten, abzuwehren. Beiden Vorinstanzen ist aber auch darin beizutreten, daß die Klägerin vorliegend über das Maß des Erlaubten hinausgegangen ist. Die Beklagte hatte ihren Willen, durch einen Wettbewerb ein möglichst billiges Angebot zu erhalten, zu erkennen gegeben, sie wollte so erfahren, wer von den angegangenen acht Unternehmern der Mindestfordernde sein würde, um ihm die Arbeit zu übertragen. Wenn nun Klägerin die übrigen zur Einreichung von Angeboten aufgeforderten Konkurrenten durch Zusicherung von je M. 8000 heranzog, Angebote einzureichen, die gar nicht ernstlich gemeint waren, vielmehr nur in der Absicht abgegeben wurden, in der Belagten den Glauben zu erwecken, daß ein ernstlicher Wettbewerb vorliege und in diesem die Klägerin die Mindestfordernde sei, so liegt hier ein auf Täuschung berechnetes Verhalten vor, das gegen die guten Sitten verstößt. Die Klägerin hat durch ihr unloyales Verhalten die Beklagte getäuscht und zur Annahme des klägerischen Angebots bestimmt. Durch die Zustimmung des Preises von M. 170 000 ist die Beklagte insoweit geschädigt, als dieser Preis den üblichen und angemessenen Preis für die gelieferten Arbeiten übersteigt. Soweit dies nicht der Fall ist, liegt eine Schädigung nicht vor, selbst dann nicht, wenn Klägerin ohne die mit den Konkurrenten getroffene Vereinbarung einen unter dem angemessenen liegenden Preis gefordert haben würde, denn auf ein solches Angebot hätte die Beklagte keinen Anspruch.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Sechstes Konzert des Bachvereins in Heidelberg.

Das gestrige sechste Bachvereinskonzert vermittelte uns die Bekanntschaft des Herrn C. A. J. v. J. aus Berlin, der sich als einer der ersten unter den zeitgenössischen Pianisten legitimierte. Brahms's-Roll-Konzert, eigentlich eine Symphonie mit obligatem Klavier, gehört zu jenen Werken, denen mit Technik allein nicht Beizukommen ist, die vielmehr einen intelligenten, sicher gestaltenden Spieler großen Stiles verlangen. Und ein solcher präsentierte sich uns in dem vorgenannten Künstler, der mit einem sicheren technischen Können einen ungemein modulierenden Ton und ein seltenes Feinempfinden verbindet, so daß sich die Wiedergabe des breit angelegten, hochschwärmenden Tonbildes, das nebenbei gesagt, vor gerade 50 Jahren bei seiner Erstausführung in Leipzig durchfiel, zu einem herrlichen Klangergebnis gestaltete. Wie ändern sich doch Zeit und Anschauung! Was damals die „Signale“ ein zu Grunde getretenes Produkt von wehrhaft trostlicher Rede und Türe ein dreiviertel Stunden langes „Mühen und Wühlen“, eine ungeordnete Masse mit einem Dersert von schreiendsten Dissonanzen und misslautendsten Klängen nannten, das ist heute eines der wertvollsten Klavierkonzerte geworden. Gleich das ritterliche Hauptthema kräftigt durch seine Prägung, und der Verlauf des Satzes zeigt in der Polyphonie die Meisterwerkhandlung mit Bach, in seiner Tiefe diejenige Beethoven's. Das Adagio, ein Friedensgesang, angestimmt von dem Streichquartett und ausgeführt von diesem, Flöte, Horn und Oboe, steht nicht ganz auf der Höhe des ersten Satzes. Das Allegro non troppo in Mollform atmet trotzigen Lebensmut und ist teilweise lugig gehalten. Ge spielt wurde dieses ungemein inhaltsreiche Werk, das im Programm mit Fug und Recht anstelle einer Symphonie getreten war, (und das wir in Mannheim letztmals im Konzert unter Schneider's Leitung von Heberg aus Wien hörten) gerühmt meisterhaft. Herr Ansoerge entfaltete bei aller vornehmen Zurückhaltung und stilvollem Ansehen eine Brauerei und ein Temperament, das aufrichtige Bewunderung erweckt, und hat durch Mitspieler der hiesigen Hoftheaterkapelle verdrängt sind. Orchester hielt sich unter Herrn Generalmusikdirektor Dr. Wolfmann's verständnisvoller Leitung aufs beste. Im ersten Satze waren die Beziehungen zwischen dem ritterlichen Hauptthema und dem letzten romantischen Seitenatz auf ausgedehnten. Sehr besagt und anschmiegend wurde das Adagio gegeben, und im Finale zeigte sich die große Schlüsselfertigkeit trefflich herausgehoben.

Als Orchesterstück eröffneten Franz Liszt's „Zwei Episoden aus Renaud“, „Jouit“ den zweiten Teil des Abends. Die Person des Renaud hat die Fantastie Liszt's zeitweilig fast beschäftigt. Die Hauptperson ist hierfür ein breiter Beweis, nicht minder die zwei Episoden, denen die herrlichen Werke Renaud zugrunde liegen. Der nächste Zug ist die eine, „Der Tanz in der Dorfchenke“ die andere überschrieben. Die erste zeichnet nach einer Schilderung der nächtlichen Waldstimmung das Herannahen einer düsteren Prozedur, musikalisch getragen von der alchymischen Weise „Pange lingua gloriosi“ (aus dem alchymischen Magnificat), die zweite greift direkt in die Dorfchenke ein und bietet ein Bild von übermäßigem Humor und toller Laune. Beide Episoden wurden in feinstimmigster Ausarbeitung geboten und gelangten hinreichend belebt, zu glänzender Wirkung.

Hatte sich Ansoerge — nebenbei gesagt ein Schüler Liszt's — mit der Wiedergabe des Brahms'schen Klavierkonzertes trefflich eingeführt, so überbot er sich eigentlich noch in Schubert's „Fantasie op. 16“. Liszt's Bearbeitung für Klavier und Orchester wagt den Stil des jugendlichen Werkes von Schubert nicht in allen Teilen. In der künstlerischen Durchführung entfaltete Ansoerge so viel Wärme, Klangeinn und echt musikalisches Empfinden, daß der viel Wärme, Klangeinn und echt musikalischer erschien. Und dieser Erfolg des ausgezeichneten Künstlers verdient ein so höheres Lob, als demselben gestern ein ziemlich ausgeprägter Mangel zur Verfügung stand. Herr Wolfmann vermittelte den Kontakt des Orchesters mit dem Solisten und bot auch die zur Eröffnung des Abends geübte Ouvertüre zur Oper „Cenobia“ von R. Schumann, ein ebenso schönes, von roman-

licher Stimmung erfüllt, als selten gespieltes Tonstück, in feinsinniger Ausarbeitung. — Das nächste Konzert, am 18. Jan., eine Sinfonie und Haydn-Beethoven-Fest, findet zu ermäßigten Eintrittspreisen statt.

Klavierabend von Hedwig Mary-Kirch. Frau Hedwig Mary-Kirch wird in ihrem Klavierabend Mittwoch, 20. Januar, zugunsten der Erdbebenbeschädigten in Südtirol nachstehende Werke zum Vortrag bringen: 1. Beethoven: Variationen Op. 34 für 2 Klav. 2. Chopin: Sonate B-moll; 3. Chopin: a) Preludes aus Op. 28, b) Nocturne G-dur, c) Scherzo G-dur.

Der Ring des Nibelungen in England. Von unserem Londoner W.-Korrespondenten wird uns geschrieben: Nächste Woche wird in Covent Garden mit der Aufführung des „Ring des Nibelungen“ in englischer Sprache begonnen. Dr. Hans Richter hat die musikalische Leitung. Da dieses Jahr keine „große Saison“ mit „Nibelungen in deutscher Sprache“ stattfinden wird, so wendet man den kommenden Vorstellungen erhebliches Interesse zu. Die Proben hierzu sind bereits seit 2 Monaten im Gang und da hervorragende Sänger, um Bühnenaufbau zu bekommen, in London mitwirken, so darf man wohl unter der Richters Leitung auf gute Chorleistungen rechnen. Wertwürdigerweise haben die hiesigen Musikschulen eine Mitwirkung ihrer Gesangsschulen im Chor ziemlich allgemein abgelehnt.

Kleine Mitteilungen. Der König von Württemberg verlieh Frau Sigrid Arnoldsön nach ihrer letzten Gastvorstellung am Königl. Hoftheater zu Stuttgart die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft am Bande des Friedrichsordens, eine der höchsten Auszeichnungen. Der König sowie die Königin beglückwünschten die berühmte schwedische Divo zu dem sensationellen Erfolge, den sie anlässlich ihrer Gastspiele in Stuttgart als Carmen, Traviata und Regimentstochter errang. Seit Adelina Patti wurde in Stuttgart keine Sängerin in so enthusiastischer Weise gefeiert wie Sigrid Arnoldsön.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 12. Jan. Beide Majestäten besuchten heute das Atelier des Professors Zenoillon. Später hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Militär-Kabinetts, des Chefs des Admirals-Kabinetts der Marine und des Chefs des Marine-Kabinetts.

Mittelestadt, 12. Jan. Der Großherzog hat der „Darmstädter Zeitung“ zufolge dem Oberlehrer am neuen Gymnasium Dr. Prof. G. Antbes die Stelle eines Denkmalspflegers für Altstädter übertragen.

Newyork, 12. Jan. In der kalifornischen Legislative schweben mehrere Gesetzentwürfe, denen zufolge die Japaner nicht Direktoren industrieller Unternehmungen sein dürfen, ferner besondere Schulen besorgen und auch falls die Ortsbehörden es wünschen, besondere Quartiere bewohnen müssen. Die „N.Y. Press“ meldet, die japanische Presse sei hoch erregt. Englische Blätter sehen gegen Deutschland. (Zweif. Stg.)

Die Brauenerdörfer.

München, 12. Jan. Eine zahlreich besuchte Versammlung bayerischer Brauer, die zu der neuen Brauenerdörfer-Erklärung nahmen, hat in einer längeren Resolution die Erhöhung der Brauenerdörfer verworfen, mit Rücksicht auf die große Belastung des Gewerbes in den letzten Jahren mit Steuern, die Verteuerung des Rohmaterials und die Steigerung der Produktionskosten. Die Versammlung richtete ferner an den Bundesrat die dringende Bitte, endlich die Uebergangsabgaben für bayerische Bier bei der Einführung in das Gebiet der norddeutschen Brauereigemeinschaft entsprechend den Grundätzen der Reichsverfassung so zu regeln, daß sie nicht mehr wie bisher einen verfassungsmäßigen Schutz gegen die bayerische Bierexportindustrie bilden.

Das Doppelbesteuerungs-Gesetz.

Berlin, 11. Jan. Dem Reichstag ist die Novelle zum Gesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 12. Mai 1870 jetzt zugegangen. Der Inhalt ergibt sich aus der Begründung. In ihrem allgemeinen Teil weist sie darauf hin, daß sich das Gesetz von 1870 im allgemeinen bewährt hat, aber der § 4 Gegenstand lebhafter Beschwerden, namentlich der thüringischen Staaten, gewesen ist. Darüber heißt es:

Gemäß dem § 4 darf das Gehalt, das die Zivilbeamten aus der Kasse eines Bundesstaats beziehen, nur von demjenigen Staat besteuert werden, der die Zahlung zu leisten hat. Es ist dies eine Ausnahmsvorschrift gegenüber dem leitenden Grundgedanken des Gesetzes, demzufolge jeder Deutsche von demjenigen Bundesstaate besteuert wird, in dessen Gebiet er seinen Wohnsitz hat. Beschwerden über die Wirkung jener Ausnahmsbestimmung sind in den früheren Jahren nicht hervorgetreten. Dies hat sich geändert, seit die Entwidlung der Staatsbahnen es mit sich gebracht hat, daß in zunehmendem Maße die im Besitze von Eisenbahn-Unternehmungen befindlichen Staaten den Betrieb ihrer Bahnen auf die Gebiete benachbarter Bundesstaaten ausgedehnt haben. Eine notwendige Folge hiervon ist, daß in steigender Zahl Beamte von Eisenbahnverwaltungen dauernd außerhalb des Gebietes desjenigen Staates stationiert sind, von dem sie angestellt sind, und aus dessen Kasse sie ihre Befoldung erhalten.

Das Anwesenheitsgesetz der Vorschrift des § 4 und der geübten Ausdehnung von Staatsbahnbetrieben auf Gebiete benachbarter Bundesstaaten hat also das bei dem Erlaß des Gesetzes nicht vorgesehene Ergebnis gezeigt, daß in beträchtlicher Zahl Staatsbeamte ihre direkten Staatssteuern nicht mehr an demjenigen Staat entrichten, in dessen Gebiete sie wohnen, und der ihnen keinen staatlichen Schutz und den Genuß seiner staatlichen Einrichtungen gewährt. Dies Ergebnis, durch das namentlich kleinere Staaten, die Eisenbahn-Unternehmungen entweder überhaupt nicht oder doch nicht auf den Gebieten anderer Bundesstaaten betreiben, um einen verhältnismäßig nicht unerheblichen Teil der ihnen nach dem Grundgedanken des geltenden Steuerrechts gebührenden Steuerleistung verlustig werden, entspricht nicht der Billigkeit.

Mit der Zustimmung zur Aufhebung des § 4, der seit langen Jahren geltendes Recht gewesen ist, wird allerdings mehreren im Besitze größerer Eisenbahnunternehmungen befindlichen Staaten ein Teil zum beträchtlichen finanziellen Opfer zugemutet. Die vorzugsweise beteiligten Regierungen haben sich aber, in bundesfreundlicher Berücksichtigung der in Betracht zu ziehenden Billigkeitsgründe, mit der geplanten Aufhebung einverstanden erklärt. Wird an eine Abänderung des Gesetzes herangetreten, so liegt es nahe, auch an andern Punkten die besternde Hand anzulegen. In Betracht hierfür kommen namentlich die Vorschriften des § 3 Abs. 3, betreffend die Wirkungen des bürgerlichen Wohnsitzes, und diejenigen des § 2, soweit sie die Besteuerung eines über mehrere Staaten sich ausdehnenden Gewerbebetriebs betreffen.

Dieser neue § 3 lautet:

Der Grund- und Gebäudebesitz und der Betrieb eines stehenden Gewerbes sowie das aus diesen Quellen herfließende Einkommen dürfen nur in demjenigen Bundesstaate besteuert werden, in dessen Gebiete der Grund- und Gebäudebesitz liegt oder die Betriebsstätte zur Ausübung des stehenden Gewerbes unterhalten wird. Betriebsstätte im Sinne dieses Gesetzes ist jede feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die der Ausübung des Betriebs eines stehenden Gewerbes dient. Außer dem Hauptsiß eines Betriebs gelten hiernach als Betriebsstätten: Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Ein- und Verkaufsstellen, Niederlagen, Kontore und sonstige zur Ausübung des Gewerbes durch den Unternehmer selbst, dessen Geschäftsteilhaber, Prokuristen oder andere ständige Vertreter unterhaltene Geschäftseinrichtungen.

Befinden sich Betriebsstätten desselben gewerblichen Unternehmens in mehreren Bundesstaaten, so darf die Heranziehung zu den direkten Staatssteuern in jedem Bundesstaate nur je nach dem Anteil erfolgen. Die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen einschließlich des Wanderlagerbetriebs bleibt demjenigen Bundesstaate vorbehalten, in dessen Gebiete der Vertrieb stattfindet oder stattfinden soll.

Das Gesetz von 1870 verhindert nicht, daß in den Fällen, in denen ein Deutscher in mehreren Bundesstaaten die Staatsangehörigkeit erworben und in einem jeden der Staaten einen Wohnsitz begründet hat, die Besteuerung in einem jeden dieser Heimatstaaten erfolgt. Ebenso ist nach dem Gesetz in solchen Fällen, in denen in mehreren Bundesstaaten, aber nicht in dem Heimatstaat ein Wohnsitz begründet ist, die Besteuerung in einem jeden dieser Bundesstaaten zulässig. Es ist erwoogen worden, diese Lücke auszufüllen, man hat aber davon Abstand genommen, einmal wegen der Schwierigkeit der Formulierung, und zum andern, weil bisher Unbilligkeiten von Fall zu Fall verhärtet worden sind.

Die Krise auf dem Balkan.

Konstantinopel, 12. Jan. Der „Köln. Zig.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Hier hat sich ein kretisch-mohammedanisches Komitee gebildet, welches Propaganda für den Gedanken macht, alle mohammedanischen Kreier, falls die Insel Griechenland abgetreten wird, auf Mittelmeer zu sammeln und die christlichen Griechen von dort zu verdrängen.

Einbedung eines Bombenlagers in Petersburg.

Petersburg, 12. Jan. Die hiesige Polizei entdeckte in der Wohnung eines Studenten ein großes Lager von Bomben und Sprengstoffen. Zwei Studenten die Söhne höherer Beamten, wurden verhaftet. Die Polizei stellte fest, daß eine große terroristische Organisation besteht, deren Mitglieder vorwiegend Studenten zu sein scheinen.

Die Verständigung Oesterreich-Ungarns mit der Pforte.

Konstantinopel, 12. Jan. Der Großwesir hat heute dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen v. Pallavicini offiziell mitgeteilt, daß er sich mit seinen Kollegen über das Angebot Oesterreich-Ungarns einig habe und daß dasselbe vom Kabinett angenommen worden sei.

Angesichts dieses erfreulichen Ereignisses, das nur günstig auf die internationale Lage einwirken kann, ist von Intenreise zu erfahren, welchen Eindruck das Anerbieten Oesterreich-Ungarns auf die Pforte gemacht hat. Die „Neue Freie Presse“ berichtet darüber:

Konstantinopel, 10. Jan. Die gestrige Erklärung des Botschafters Markgrafen Pallavicini, daß Oesterreich-Ungarn zweieinhalb Millionen Pfund für die früheren türkischen Staatsdomänen in Bosnien zahlt, hat einen sehr günstigen Eindruck auf die Pforte gemacht. Der Großwesir hat das Angebot heute dem Ministerrat unterbreitet und besprochen, morgen oder übermorgen die Antwort zu erteilen, worauf die weiteren formellen Verhandlungen auf Basis der Vorschläge beginnen werden. Die Pforte schien anfänglich geneigt, zu versuchen, eine höhere Summe zu erreichen, aber angesichts der Erklärung, daß die genannte Summe ein Maximum bedeute, scheint die politisch vorteilhafte Aussicht auf rasche Beendigung einer schwebenden Frage und der Wert der Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn überwiegen zu haben. Diese Erwägungen dürften durchdringen und zum Beschluß der Annahme führen. In maßgebenden diplomatischen Kreisen, welche eine friedliche Entwirrung der Balkankrise anstreben, findet der Schritt Oesterreich-Ungarns ungeteilten großen Beifall. Derselben sind der übereinstimmenden Meinung, daß nunmehr eine Verständigung mit der Pforte zu erwarten sei.

Paris, 10. Jan. Der „Temps“ sagt zu dem Anerbieten Oesterreich-Ungarns, auf dem Wege zu einer Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei sei ein wichtiger Schritt vollzogen worden und jedermann müsse sich dazu beglückwünschen. Die Sache des Friedens würde durch eine solche Verständigung einen bemerkenswerten Erfolg davontreten. Oesterreich-Ungarn vergeblich sich nicht, wenn es der Türkei gegenüber ein generöses Vorgehen beobachtet. Die Türkei habe alle Ursache, durch diese Transaktion aus Schwierigkeiten herauszukommen, welche ihre Vergangenheit nur zu begreiflich mache. Man müsse wünschen, daß die Türkei sich darüber klar werde und daß sie ihren neuen Bestrebungen eine dauerhafte und friedliche internationale Grundlage verschaffe.

Berlin, 12. Jan. Zur Verständigung Oesterreich-Ungarns mit der Pforte in der Sache der „Köln. Zig.“:

Die Jungtürken und der Reichert von Kessenthal sind jetzt quitt; Kessenthal hat den Jungtürken eine moralische Schlappe beigebracht, als er die beiden Provinzen kurz nach der Wiedereinführung der türkischen Verfassung endgültig von der Türkei lösch; die Jungtürken haben es ihm vergolten, indem sie die öffentliche Meinung in der Türkei gegen Oesterreich-Ungarn zusammenschlossen bezweckten, daß Herr v. Kessenthal zur Nachgiebigkeit genötigt wurde. Wenn nun die Türkei und Oesterreich-Ungarn nach Beendigung des Konflikts in freundschaftliche Beziehungen zu einander treten, so kann das geschehen, ohne daß ein bitterer Schaden zu befürchten ist. Für beide Staaten wird die Beendigung des Zwangs von Segen sein. Der habsburgischen Monarchie schafft sie Elementarfriede nach außen hin, der Türkei gibt sie Raum zur inneren Konsolidierung. Ob damit jede Gefahr einer kriegerischen Verwicklung auf dem Balkan beseitigt ist, darf als fraglich bezeichnet werden. Von Wichtigkeit aber ist, daß ein großer Feldzug, an dem etwa die Türkei und außerdem verschiedene europäische Mächte beteiligt wären, für die nächste Zukunft durchaus unwahrscheinlich geworden ist. Ein kleinerer Krieg, der aber eine Strafexpedition gleichen würde, bleibt allerdings noch wie vor möglich. Die Frage, ob ein solcher etwa in seinen späteren Folgen der Ruhe des ganzen Weltteiles gefährlich werden könnte, läßt sich heute noch nicht beantworten.

Das Erdbeben in Süd-Italien.

Unfreie Beförderung von Liebesgaben.

Mannheim, 12. Jan. Die kgl. italienische Regierung hat verfügt, daß Liebesgaben aller Art sowohl von Eingangsstellen befreit, als auch den italienischen Eisenbahnen umsonst befördert werden, sofern solchen Sendungen ein Zertifikat des italienischen Konsulats (für Großh. Baden sowie für Elsaß ist das General-Konsulat in Mannheim zuständig) beigelegt wird, daß die Güter für die Erdbebenbeschädigten bestimmt sind.

Tod und Verwüstung überall.

Ein Korrespondent schreibt dem „Corriere della Sera“ von 2. Januar aus Messina:

Wir haben da ungehinderte Aussicht hinüber auf die Berge Kalabriens mit ihren schneebedeckten Gipfeln und auf die Meere, die langgestreckt zu ihren Füßen sich ausdehnen. Jener große weiße Strich scheint jetzt noch eine Stadt zu sein, Reggio, Tod und Verwüstung überall, wohin das Auge schaut. Und über all das Entsetzen spannt sich heute tiefblauer Himmel aus mit einigen leichten Wolken, die leise daran hinziehen. Welt und Himmel so ruhig, als sei nichts geschehen. Rings um mich her an dem kleinen Tisch, an dem ich schreibe, duften die Weiden und blühen die ersten Rosen: ein Paradies an der Pforte der Hölle! Wir haben hier oben Zuflucht gefunden in einem Landhause am Abhang des Hügel, etwa einen Kilometer von Messina entfernt, hierhergeleitet von dem braven Hauptmann Bairo, einem der ersten von denen, welche den Verwundeten Hilfe brachten und sich dem Raubgesindel mutig entgegenstellten. Des Namens der Besitzer der Villa entsinne ich mich nicht mehr; es sind Verwandte des Hauptmanns. Sie hatten sich in die Stadt begeben, die ganz Familie, um dort die Neujahrsfeier zu bringen. Sie sind alle umgekommen und liegen nun mit ihren Verwandten unten auf dem großen Totenfelde, dessen Reichenrauch ab und zu ein Luftzug bis zu uns heraufträgt. Unfähig traurig ist der Eindruck, den dieses Haus auf uns macht. Wie mühten die Leute dieses ihr freundliches Heim lieben, in das sie nun nie zurückkehren werden! Nur geringe Beschädigungen sind an und in dieser Villa zu sehen: einige von der Decke heruntergefallene Abschürfen, einige verschobene Möbel, einige durcheinander geworfene Nippachen, die auf den Etagern und Tischen standen. In den Zimmern, sowie im Garten zeugt alles von der ordnenden Hand der Hausherrin. In den wohlgepflegten Blumenbeeten prangen die Stiefmütterchen in bunten Farben, blühender Jasmin umrankt das Geländer der Veranda und aus dem nahen Olivenhain läßt der Gesang der Amseln und der Kitzelchen zu uns herüber. Alles spricht vom Genuß und Wohlbehagen der Bewohner dieses kleinen Paradieses, die nun tot unter Schutt und Trümmern liegen, wenn nicht — o schrecklicher Gedanke! — das eine oder das andere von ihnen in Todesqual umsonst noch den Seinen ruft, mit denen es so glücklich war, dort oben in der freien Gottesluft und im Garten, wo die Blumen prangen.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 12. Jan.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Bernuth. Präsident Graf Stolberg eröffnet um 2 Uhr 27 Min. die Sitzung mit einer Begrüßung der Abgeordneten zum neuen Jahre. Das Andenken des verstorbenen Abg. Keller (bei keiner Fraktion) wurde durch Erheben von den Eigen geehrt.

Der Präsident gibt darauf das von ihm an das kaiserliche Parlament im Namen des Reichstags gefandte Begrüßungstelegramm und die darauf ergangene Antwort bekannt. Das Haus begleitet diese Kundgebung mit lautem Beifall. Darauf verliest der Präsident ein Beileids-telegramm, das er anlässlich der Erdbebenkatastrophe in Süditalien an die italienische Deputiertenkammer gerichtet und die Antwort des Kammer-Präsidenten. Die Abgeordneten haben sich von ihren Egen erhoben. Präsident Graf Stolberg: Meine Herren! Dadurch, daß Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben, haben Sie einmütig dem Schmerz über das entsetzliche Unglück Ausdruck gegeben, welches ein uns so eng befreundetes Land und Volk betroffen hat. Ich konstatiere das.

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein. Auf derselben stehen

Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen, werden auf Antrag der Petitionskommission als erledigt erklärt.

Battmann (wirtsch. Bgg.) befürwortet eine Petition der freien Landwirte auf Abänderung der Gewerbeordnung und auf Einführung des Befähigungsnachweises. Entgegen dem Antrag der Kommission, diese Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen, sollte man sie zur Verächtlichung überweisen. Ditts (natl.) befürwortet den Antrag seiner Partei, diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Haus tritt diesem Antrag bei. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerbevereinsvereine der Spruchkammer Dortmund haben um eine Veränderung des Gewerbegerichts petitioniert.

Zimborn bittet diese Petition, soweit die Wünsche, daß das Bergwerksgericht in einer Besetzung von 5 Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden vorhanden ist und entscheiden soll, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Einen Rückschritt würde es bedeuten, wenn dem Wunsche der Petenten entsprochen, der Anrufung des Bergwerksgerichts als Einigungsamt Folge zu geben, wenn die Anrufung entweder seitens der Mehrheit der beteiligten Arbeitgeber oder Arbeiter erfolgt. Er bittet deshalb den ersten Teil der Petition zur Berücksichtigung, den übrigen aber als Material zu überweisen.

Berlin, 12. Jan. Reichstagskommission. Die Reichstagskommission für die Gewerbeordnung nahm § 120 f der Regierungsverordnung mit dem Zusatz der Freistelligen und des Zentrums an, der vorgibt, daß nicht nur der Bundesrat wie bisher den sanitären Maximaltag verordnen kann, sondern auch die Polizeibehörden. Abz. 2 des § 120 f soll den Polizeibehörden das Recht geben, für einzelne Betriebe aus sanitären Gründen die Arbeitszeit zu beschränken. Der freistellige Antrag verlangt generell, daß vor Erlaß der Verordnung die Gewerbetreibenden und die Arbeiter gehört werden. Das Zentrum beantragt, daß erst auf Antrag oder nach Anhören der zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten die Verordnung nach dem § 120 f Abz. 2 erlassen werden könne.

Volkswirtschaft.

Die Aufnahme eines 4proz. Anlehens von 70 000 000 M. für den Staatseisenbahnen und zur Schuldentilgung.

Zu der bereits im heutigen Mitteilungsblatt veröffentlichten Nachricht über die Aufnahme eines 4prozentigen Anlehens im Betrage von M. 70 Millionen für den badi-schen Staatseisenbahnen und zur Schuldentilgung erfahren wir noch folgendes:

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Sie werden auf Antrag des Inhabers auch auf den Namen eines bestimmten Berechtigten (Gläubigers) umgeschrieben; die Umschreibung kann jederzeit wieder aufgehoben werden. Die Schuldverschreibungen werden vom 1. Januar 1908 an mit 4 % für das Jahr verzinst; die Zinsen werden halbjährlich je am 1. Januar und 1. Juli bezahlt. Den Schuldverschreibungen werden zu diesem Zweck zunächst für 9 Jahre Zinscheine beigegeben, nach einem Erneuerungszinscheine, gegen den nach Ablauf von 9 Jahren dann von je 10 Jahren eine weitere Zinscheine für 10 Jahre (mit Erneuerungszinscheine) verabsolgt wird. Wird gegen die Verabsolgerung der Staatsschuldenverwaltung Widerspruch erhoben, so werden die Zinscheine an den Inhaber der Schuldverschreibung abgegeben. Die Schuldverschreibungen sind seitens der Gläubiger unläsbar und können seitens der Schuldner vom 1. Januar 1918 ab nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung stets im Nennwert eingelöst werden. Die Tilgung erfolgt durch Verwendungs der im Staatsbudget für diesen bestimmten Mittel. Der Staatsschuldenverwaltung steht es frei, die in einem Jahre zu tilgenden Schuldverschreibungen entweder freihändig anzukaufen oder durch das Los bestimmen zu lassen und sodann zum Nennwert zurückzubehalten. Mit Ablauf der Kündigungsfrist hört die Verwaltung der gefundenen Schuldverschreibungen auf. Die Zinscheine sowie die zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen werden auf Verfall bei den hierzu verpflichteten großherzoglichen Staatsbanken, sowie bei den auf den Zinscheinen genannten Bankhäusern in Berlin und Frankfurt a. M. eingelöst. Bei der Einlösung der Schuldverschreibungen sind außer diesen auch die nicht verfallenen Zinscheine und der Erneuerungszinscheine zurückzugeben; für die hierbei fehlenden Zinscheine wird der entsprechende Betrag am Capital überwiesen. Die auf Namen umgeschriebenen Schuldverschreibungen können nur gegen besondere Empfangsbekundigung des einreißenden Gläubigers oder nach vorangelegter bei der Staatsschuldenverwaltung zu bewilligter Aufhebung der Umschreibung heimbezahlt werden.

Die Stempelhaftigkeit des Schecks.

Über die Frage, ob ein Scheck der Wechselstempelpflicht unterliegt, wenn der Aussteller kein oder kein genügend Guthaben bei der bezogenen Bank besitzt, gehen die Ansichten auseinander. Das Scheckgesetz legt darüber, daß Schecks, die den Anforderungen der §§ 1, 2, 7, 25 und 26 entsprechen, stempelfrei sind. Was interessiert hier die Bestimmung in § 1, Abs. 2, lautet: Der Scheck muß enthalten die an den Bezogenen gerichtete Anweisung des Ausstellers, aus seinem Guthaben eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. — Nach der vom „Bankarchiv“, dem Organ des Centralverbandes der Banken und Bankiers vertretenen Ansicht, ist die Stempelhaftigkeit, von den anderen hier außer Betracht bleibenden Formvorschriften abgesehen, gegeben, wenn der Scheck die Bezeichnung „aus Guthaben“ enthält. Demgegenüber wird von Rechtsanwalt Dr. Breit (in Heilbrunn) unterrichtet, daß die Stempelhaftigkeit davon abhängig zu machen sei, daß ein genügendes Guthaben auch tatsächlich vorhanden ist. Breit ist geneigt, diese Frage gleich verchiedenen anderen Kommentatoren zu bejahen. Die Frage ist für den Verkehr von großer Tragweite, da jeder, der im Umlauf am Umlauf des Schecks teilgenommen hat, für den Stempel haftet und eventuell eine Geldstrafe in Höhe des 50-fachen Betrages des nicht entrichteten Stempels verurteilt hat, einzeln oder er wiskentlich oder darsichtlich, verschuldet oder unverschuldet die Abgabe nicht entrichtet hat. Selbst wenn man indessen der Ansicht von Dr. Breit beipflichtet, erscheint es zweifelhaft, ob jemand mit einer Stempelstrafe belegt werden kann, weil für einen durch seine Hände gelangenen, allen formalen Anforderungen entsprechenden Scheck kein genügendes Guthaben vorhanden ist. Der Inhaber eines Schecks (vom letzten Inhaber abgesehen) hat in der Regel keine Möglichkeit diese Frage zu prüfen. Nach der allgemeinen Gesetzmäßigkeit kann ihm dies auch gar nicht zugemutet werden. Jedenfalls würde es dem Geiste des Scheckgesetzes vollständig widersprechen, wenn man jeden einzelnen Scheckinhaber verpflichten wollte, durch Anfrage bei dem Bezogenen festzustellen, ob ein ausreichendes Guthaben vorhanden ist. Auch würde dies zu einer außerordentlichen Verkehrsbelästigung führen. — Die bevorstehende Änderung des Wechselstempelgesetzes, die hauptsächlich auf eine Milderung der Bestimmungen gerichtet ist, wonach bisher eine Stempelstrafe eintreten mußte, auch wenn keine abschließliche oder auch nur vorläufige Verurteilung der Stempelhaftigkeit vorlag, wird Anlaß bieten, auch die Stempelhaftigkeit der Schecks im Sinne der vom „Bankarchiv“ vertretenen und den Anforderungen an die Rechtssicherheit des Verkehrs entsprechenden Auffassung einer neuen Prüfung zu unterziehen.

Bayerische Aktienbrauerei, Aschaffenburg.

Nach dem uns vorliegenden Geschäftsbericht für das Jahr 1908 betrug der Erlös an Bier M. 2 224 214, dem Ausgaben für Malz, Hopfen, Löhne etc. in Höhe von M. 2 022 417 gegenüber. Nach Abzug der Schuldzinsen beträgt der Bruttogewinn M. 201 785, der sich zugleich des vorjährigen Gewinnfortrages von M. 16 855 auf M. 218 640 erhöht. Daraus sollen M. 142 647 zu Abschreibungen und M. 55 280 zur Ausfüllung einer Dividende von 2 Prozent benutzt werden, für Konten und Requisitionen figurieren M. 11 333. Auf neue Rechnung werden M. 5912 vorgetragen.

In der Bilanz haben bei M. 2,76 Millionen Aktienkapital, M. 505 500 Prioritäten, M. 712 298 Bausparersparbücher und Post M. 678 092 Bausparbücher, Grundstücke mit M. 759 000 zu Buch. Gebäulichkeiten figurieren mit M. 2 107 093, darauf laufende Hypotheken mit M. 603 980, Maschinen mit M. 540 475, Gährboische und Lagerfässer mit M. 49 068, Transportfässer mit M. 43 074, Fuhrpark und Pferde mit M. 69 550, Mobilien und Utensilien M. 26 570, Wirtschaftsinventar mit M. 82 265, Floschen mit M. 24 560. An Kassa waren M. 80 040 vorhanden. Effekten werden mit M. 14 200, Wechsel mit M. 17 999 angegeben. Vorräte sind mit M. 658 955 bewertet. Debitoren sowie Verkaufsaufträge belaufen sich auf M. 1 434 956. Für Bier und Treber wurden Markt 507 950 aus, während diese Kreditoren M. 176 689 zu fordern haben. Die Reserven betragen M. 72 823, Spezialreserve 50 935 M., Jubiläumreserve M. 277 156.

Zu Bericht wird weiter ausgeführt: Infolge der allgemeinen Abnahme Ertragsverhältnisse, insbesondere der geringen Wan-

tläufigkeit und des äußerst ungünstigen Sommers blieb der Ausstoß trotz Zugang neuer Kundschaft hinter dem des Vorjahres zurück. Auch haben wir im Berichtsjahre zwei Niederlagen mit einem Abschlag von rund 2700 Hektoliter aufzuweisen, nachdem die reinen Erlöse derselben unsere Produktionskosten nicht mehr deckten. Die Herstellungskosten des Bieres haben sich durch höhere Preise der Rohmaterialien, der Kohlen, teurer Fougage und durch erhöhte Löhne etc. weiter gesteigert, während die Verkaufspreise unverändert blieben. Es wurde hierdurch naturgemäß auch der Gewinn beeinflusst. Dazu kommt noch, daß eine Reihe von Gemeindevormalungen mangels anderer Mittel zur Deckung ihrer Bedürfnisse Lokal-Bier-ausschlag zur Einführung brachten, welcher dann in den meisten Fällen den Brauereien aufgebürdet wurde, sodas diese Ausgaben eine weitere Schwächung des Gewinnes bedeuteten. Die Aussichten für das laufende Jahr sind nicht sehr erfreulich. Der Absatz leidet immer noch unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, doch haben wir einen effektiven Rückgang im Bierverkauf bisher nicht zu verzeichnen. Das hauptsächlichste Rohprodukt „Gerste“ ist abermals teurer. Hopfen und Fougage sind hingegen etwas billiger, auch erwarten wir ab 1. April einen Rückgang der Kistenpreise. Ebenso wird uns der billigerer Geldstand eine Ersparung auf Zinsen-Konto bringen. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Brauersteuer im norddeutschen Brauereigebiet wird für uns zunächst eine Erhöhung der Uebertragungsabgaben zur Folge haben. Ob und wie weit in Bayern eine Verringerung des leibzeitigen Malzausschlages eintreten wird, läßt sich z. B. noch nicht sagen.

Ein Riesentriftwerk.

Das von den Vereinigten Kanton- und Jagd-Veren, A.-G. in Bern, aufgestellte und dem Regierungsrat des Kantons Bern zur Konzessionierung eingereichte Projekt für die Ausbarmung der großen, aber sehr variablen Wasserkraft des Oberhasli dürfte, vermöge seines Umfanges und seiner Eigenart, weitest Interesse erregen. Es umfaßt fünf, hauptsächlich von einander unabhängige, aber wasserwirtschaftlich eng verbundene und im Betriebe zusammenwirkende, Kraftstationen verschiedener Größe. Das bedeutendste davon ist das „Obere Kars-Berl“ bei Guttannen. Die Kars wird bei der sogenannten Spitalalm an der Grindel durch eine Fallperr, eine auf Granitfelsen ruhende Mauer von annähernd 90 Meter Höhe gestaut. Das so entstehende Sammelbecken hat einen Inhalt von 46 Millionen Kubikmeter; sein Wasserpiegel steigt auf 1800 Meter, gegen 1812 Meter desjenigen des jetzigen natürlichen Grimmelsees. Dieses Sammelbecken wird das Wasser durch einen nahezu 12 Km. langen Stollen, der unterwegs noch das Wasser des ebenfalls aufgestauten Gelmerssees aufnimmt, dem Wasser-schloß oberhalb Guttannen und von hier in drei Druckleitungen mit einem Gefälle von 750 Meter der Kraftstation zugeführt. Die hier gewonnene Kraft beträgt im Winter 80 000 konstante (24-stündige) Pferdestärken. Unterhalb Guttannen sammelt sodann eine Stauwehr das Wasser der Kars und des Abwassers des „Obere Kars-Berles“, ein zweites Stauwehr oberhalb Reffen-schal vereinigt das Triftwasser, das Gadenwasser und das Abwasser des Englisenerwerkes. Von den beiden Wehren wird das Wasser in Stollen dem Wasser-schloß bei Juncerfirden und von hier in Druckleitungen, mit 400 Meter Gefälle, dem Maschinenhaus des „Unteren Kars-Berles“ zugeführt. Dieses liefert im Winter 21 750 konstante (24-stündige) Pferdestärken. — In diesen zwei großen Kraftwerken kommen noch drei kleine: das „Englisener-Werk“, das die Wasserkraft des gestauten Englisenersees ausnützt; das „Gaden-Werk“, das die Obere Gaden-Kars, und das „Urbsch-Werk“, das das Urbschwasser nutzbar macht. Diese drei kleinen Werke werden zusammen im Winter 5350 konstante (24-stündige) Pferdestärken liefern. Alle fünf Kraftstationen zusammen werden also über eine minimale Winterkraft von rund 88 000 Pferdestärken verfügen, dank der erwähnten Sammelbecken; ohne diese würde die Winterkraft 9000 Pferdestärken kaum übersteigen. Durch die besondere Art, wie die fünf Werke im Betriebe zusammenwirken, wird die erwähnte minimale Kraft das ganze Jahr hindurch gesichert. Im Sommer bleibt zum Beispiel der Wasserberg aus dem Grimmel-Staubeden beschränkt und der Betrieb des Englisenerwerkes ganz eingestellt. Das Sommerhochwasser gestattet während beinahe acht Monaten eine Steigerung der Kraftleistung bis auf 120 000 Pferdestärken. Zu erwähnen ist, daß der Hochwassersfall durch die Kraftanlagen in keiner Weise beeinträchtigt wird. Die hauptsächlichste Aufgabe der Werke ist stufenweise vorgehen; selbst bei gleichzeitiger Inanspruchnahme würden die Arbeiten mindestens sieben Jahre erfordern; sie dürften auf 10 bis 15 Jahre verteilt werden, je nach der sich zeigenden Nachfrage nach Kraft. Die gesamten Anlagekosten sind auf 40 Millionen Franken veranschlagt. Außer der Verwendung eines beträchtlichen Teils der Kraft für den Betrieb von Eisenbahnen (Wägnigbahn usw.) wird die Einführung bedeutender elektrochemischer Industrien in Aussicht genommen.

Die Firma L. J. Peter, Holzmehl-Fabrik, Mannheim, teilt mit, daß sie ihrem langjährigen Mitarbeiter Herrn Franz Bauer Prokura erteilt hat.

Die Röhdbacher Aktienbrauerei vorm. Gubner, Röhdbach i. B. In der am 9. ds. abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde der von uns bereits berichtete Abschlag betriebslos genehmigt und die Dividende auf 4 Prozent (i. B. 5 Prozent) festgesetzt; bei M. 16 241 Vortrag auf neue Rechnung. Es wurde ferner beschlossen, den angesammelten Amortisationsfonds von M. 8000 zu Abschreibungen, insbesondere auf Immobilienfonds, zu verwenden. Die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Anleihe der Stadt St. Imbert. Eine Bürgerversammlung genehmigte ein Anleihen von 300 000 M., wovon 225 000 M. für ein Schulhaus und 75 000 M. für das Wasserwerk verwendet werden sollen.

Emil Seelig, A.-G., Heilbrunn a. N. In der am Samstag stattgefundenen Generalversammlung war das plante Aktienkapital bis auf 3 Aktien vertreten. Auf Veranlassung eines von der Minorität zu einem Punkte der Tagesordnung gestellten Vorschlags wurde abgesehen von den beiden Parteien gemeinsam beschlossen, die Beschlussfassung über die ganze Tagesordnung einer neuen Generalversammlung zu überlassen. Unterdessen wird sich die Verwaltung mit der Minorität wegen der von dieser noch gewünschten Aufklärung in nähere Verbindung setzen.

Leibziger Brauerei-A.-G. vorm. Gebr. Kästner in Duisburg. Das Geschäftsjahr 1907-08 schloß, nach 66 225 M. (i. B. 76 512 M.) Abschreibungen, mit einem Reingewinn von 152 575 M. (i. B. 259 300 M.) ab. Die Hauptversammlung beschloß, 6542 M. (11 137 M.) der Gesellschaften und 20 000 M. (30 000 M.) der Sonderzulage, 25 083 M. (20 933 M.) der Zelluloseberechnung zuzuführen. 90 000 M. gleich 9 Prozent (110 000 M. gleich 11 Proz.) Dividende zu verteilen und 50 708 M. (43 358 M.) vorzutragen.

Die Deutsche Grammschreibmaschinen-Fabrik in Berlin und Hannover verteilte nach M. 100 187 (i. B. 101 956) Abschreibungen und M. 182 297 (M. 155 539) Reingewinn diesmal 7 1/2 Prozent (i. B. 10 Prozent) Dividende auf M. 1 Mill. Aktien und erhöht den Vortrag auf M. 100 669 (M. 49 737).

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 12. Jan. Während sich an der gestrigen Abendbörse etwas Mißstimmung bei der türkischen Witterungsbewegung bemerkbar machte, so zeigten die heute vorliegenden Nachrichten, daß die Ablehnung des österreich-ungarischen Angebots bemerkt wurde und eine Verständigung als sicher erwartet wird. Wien war zunächst disponiert, was als Beweis einer günstigen Beurteilung in finanziellen gilt. Die Erwartung, daß es auf dem Wege der Verständigung gelingen werde, die politischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, führt immer mehr Fuß. Die Börse zeigte auch an dem heutigen Tage entsprechend der Wiener Tendenz keine Haltung bei allerdings ruhigem Geschäftsverkehr. Die Kreditnotierung der Reichsbank-Aktien der Deutschen Reichsbank gab auch heute Anlaß, daß der Preisabfall um 1/2 auf 29 1/2 ansetzte. Im einzelnen lagen Bankaktien ruhig, für Kreditaktien bestand Nachfrage. Die Kurse wenig Veränderung zu, leitende Werte dieses Marktes konnten den Ausschlag behaupten. Transportaktien waren ruhig. Lombarden befähigt, auch österreichische Staatsbahn höher bezahlt, amerikanische Bahnen auf die unsichere Haltung des New Yorker Marktes zurück, Schiffahrtaktien wenig verändert. Der Industriemarkt war günstig disponiert, besonders war Nachfrage nach chemischen und elektrischen Werten. Gemischte Fonds fester, von ausländischen Renten Rußen fester, während Portugiesen schwächere Tendenz aufwiesen. Balkanwerte gut behauptet. Der Montanmarkt entsprach der Gesamtlage und ließ mäßige Festigkeit zu. Im weiteren Verlauf trat lebhafter Geschäft auf die Nachfrage ein, daß der Großhandel heute dem österreichischen Vorkauf offiziell mitteilte, daß er mit dem Ministerial-Oberreich-ungarns einverstanden sei und auch vom Ministerial angenommen werden sei. Die Spekulation beteiligte sich lebhaft am Geschäft unter Führung von Kreditaktien, welche bis 108,75 bezahlt wurden. Bankaktien lebhaft und über 1 Prozent höher. Nachbörse sehr fest und wesentlich belebter auf den meisten Gebieten. Empfindbar sind u. a. Türkenloose und Preuß. Bergbau. Die Börse schloß bei sehr fester Tendenz. Es notierten Kreditaktien 196,40 a 198,50, Diskonto 150,00 a 161,20, Dresdner Bank 148 a 148,20, Staatsbahn 144,40 a 145,20, Berliner Handelsgesellschaft 169,20, Preuß. Bergbau 177,25 a 178,40.

Telegramme der Kontinental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Table with columns: Kurs, Wechsel, and various financial data points.

Postbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns for various postal services and obligations, including '4% Pr. Postb. unt. 10', '4% Pr. Postb. unt. 12', etc.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Kreditaktien 156.50, Disconto-Commandit 1.0.50, Darmstädter 127.70, Dresdner Bank 148.00, Handelsbank 168.75, Deutsche Bank 242.00, Staatsbahn 144.40, Lombarden 18.00, Bochumer 223.50, Geisenkuchen 190.20, Laurahütte 199.50, Usanar 22.00, Tendenz: ruhig.

Mannheimer Effektenbörse

vom 12. Januar. (Offizieller Bericht) In Aktien der Zellulosefabrik Waldhof war Geschäft zu 82 1/2 Prozent. Auf den übrigen Gebieten hat sich wenig geändert.

Table of stock prices for Mannheim, categorized by 'Banken', 'Eisenbahnen', 'Chem. Industrie', 'Industrie', and 'Brauereien'.

Berliner Effektenbörse.

Table of stock prices for Berlin, 12. Januar. (Schlusskurs) including '4% Reichsbank', '3 1/2% Reichsbank', '4% Reichsbank', etc.

Pariser Börse.

Table of stock prices for Paris, 12. Januar. Anfangskurse including '3% Rente', 'Spanier', 'Luz. Rente', etc.

Londoner Effektenbörse.

Table of stock prices for London, 12. Januar. (Telegr.) including '2% Consols', '3% Reichsbank', '4% Reichsbank', etc.

Telegraphische Handelsberichte.

Personalien. * Mainz, 12. Jan. Die Firma v. Sichel u. Söhne in Mainz zeigt lt. Brf. Bg. das Ableben ihres Seniorchefs, Hrn. Josef Sichel, an. * Essen, 12. Jan. Im Alter von fast 86 Jahren starb in Essen Herr Gustav Waldhausen, der Senior der bekannten industriellen Firma, die mit der westfälischen Industrie durch zahlreiche Fäden verknüpft ist.

Neues vom Dividendenmarkt. * Kassel, 12. Jan. Die heutige Generalversammlung der Großen Kasseler Straßenbahn setzte lt. Brf. Bg. die Dividende auf 4,5 Prozent wie im Vorjahr fest. * Dresden, 12. Januar. Der Abschluss der sächsischen Rammgarnspinnerei zu Darschau schlägt lt. Brf. Bg. eine Dividende von 5 Prozent (i. V. 8 Proz.) vor. Die Aussichten für das laufende Jahr werden als günstig bezeichnet.

* Nürnberg, 12. Jan. Die Ludwigseifenbahn-Gesellschaft in Nürnberg-Nürnberg schlägt lt. Brf. Bg. eine Dividende von 11 Prozent (i. V. 10 Proz.) vor.

Donnerstag in Mannheim vom 11. Januar. (Künftiger Bericht der Division.) Es wurde bezahlt für 60 K. Schlachtwert: 85 Oxfen a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 62-00 M., b) junge fleischige, nicht ausgewählte, und ältere ausgewählte 78-00 M., c) mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 74-00 M., d) geringe genährte jeden Alters 72-00 M. 50 Bullen (Farven): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 65-00 M., b) mäßig genährte jüngere u. gut genährte Ältere 64-00 M., c) geringe genährte 60-00 M. 1200 Ferkeln: (Minder) und Räder: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln, Rinder höchsten Schlachtwertes 74-78 M., b) vollfleischige, ausgewählte Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64-68 M., c) ältere ausgewählte Räder und wenig auf entwidelte jüngere Räder, Ferkeln und Rinder 60-70 M., d) mäßig genährte Räder, Ferkeln u. Rinder 58-68 M., e) geringe genährte Räder, Ferkeln und Rinder 45-62 M. 403 Kälber: a) feine Wahl (Vollm.) und beste Saugläber 85-00 M., b) mittlere Wahl u. gute Saugläber 80-00 M., c) geringe Saugläber 75-00 M., d) Ältere gering genährte (Hefler) 00-00 M. 125 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 65-00 M., b) ältere Mastlamm 60-00 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Worstwale) 55-00 M. 1635 Schweine: a) vollfleischige darsineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 72-00 M., b) fleischige 71-00 M., c) geringe entwidelte 60-00 M., d) Sauen und Ober 62-64 M. Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Hagspferde: 0000-0000 M., 00 Arbeitpferde: 000-0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00-000 M., 000 Zucht- und Hagspferde: 000-000 M., 00 Stier Prachtwild: 00-00 M., 00 Milchschafe: 000-000 M., 843 Ferkel: 8.00-14.00 M., 8 Ferkeln: 12-25 M., 0 Ferkeln: 0-0 M., 0 Hammel: 00-00 M. Zusammen 3456 Stk. Handel schleppend.

Donnerstag in Mannheim vom 11. Januar. (Künftiger Bericht der Division.) Es wurde bezahlt für 60 K. Schlachtwert: 85 Oxfen a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 62-00 M., b) junge fleischige, nicht ausgewählte, und ältere ausgewählte 78-00 M., c) mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 74-00 M., d) geringe genährte jeden Alters 72-00 M. 50 Bullen (Farven): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 65-00 M., b) mäßig genährte jüngere u. gut genährte Ältere 64-00 M., c) geringe genährte 60-00 M. 1200 Ferkeln: (Minder) und Räder: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln, Rinder höchsten Schlachtwertes 74-78 M., b) vollfleischige, ausgewählte Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64-68 M., c) ältere ausgewählte Räder und wenig auf entwidelte jüngere Räder, Ferkeln und Rinder 60-70 M., d) mäßig genährte Räder, Ferkeln u. Rinder 58-68 M., e) geringe genährte Räder, Ferkeln und Rinder 45-62 M. 403 Kälber: a) feine Wahl (Vollm.) und beste Saugläber 85-00 M., b) mittlere Wahl u. gute Saugläber 80-00 M., c) geringe Saugläber 75-00 M., d) Ältere gering genährte (Hefler) 00-00 M. 125 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 65-00 M., b) ältere Mastlamm 60-00 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Worstwale) 55-00 M. 1635 Schweine: a) vollfleischige darsineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 72-00 M., b) fleischige 71-00 M., c) geringe entwidelte 60-00 M., d) Sauen und Ober 62-64 M. Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Hagspferde: 0000-0000 M., 00 Arbeitpferde: 000-0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00-000 M., 000 Zucht- und Hagspferde: 000-000 M., 00 Stier Prachtwild: 00-00 M., 00 Milchschafe: 000-000 M., 843 Ferkel: 8.00-14.00 M., 8 Ferkeln: 12-25 M., 0 Ferkeln: 0-0 M., 0 Hammel: 00-00 M. Zusammen 3456 Stk. Handel schleppend.

Donnerstag in Mannheim vom 11. Januar. (Künftiger Bericht der Division.) Es wurde bezahlt für 60 K. Schlachtwert: 85 Oxfen a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 62-00 M., b) junge fleischige, nicht ausgewählte, und ältere ausgewählte 78-00 M., c) mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 74-00 M., d) geringe genährte jeden Alters 72-00 M. 50 Bullen (Farven): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 65-00 M., b) mäßig genährte jüngere u. gut genährte Ältere 64-00 M., c) geringe genährte 60-00 M. 1200 Ferkeln: (Minder) und Räder: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln, Rinder höchsten Schlachtwertes 74-78 M., b) vollfleischige, ausgewählte Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64-68 M., c) ältere ausgewählte Räder und wenig auf entwidelte jüngere Räder, Ferkeln und Rinder 60-70 M., d) mäßig genährte Räder, Ferkeln u. Rinder 58-68 M., e) geringe genährte Räder, Ferkeln und Rinder 45-62 M. 403 Kälber: a) feine Wahl (Vollm.) und beste Saugläber 85-00 M., b) mittlere Wahl u. gute Saugläber 80-00 M., c) geringe Saugläber 75-00 M., d) Ältere gering genährte (Hefler) 00-00 M. 125 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 65-00 M., b) ältere Mastlamm 60-00 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Worstwale) 55-00 M. 1635 Schweine: a) vollfleischige darsineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 72-00 M., b) fleischige 71-00 M., c) geringe entwidelte 60-00 M., d) Sauen und Ober 62-64 M. Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Hagspferde: 0000-0000 M., 00 Arbeitpferde: 000-0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00-000 M., 000 Zucht- und Hagspferde: 000-000 M., 00 Stier Prachtwild: 00-00 M., 00 Milchschafe: 000-000 M., 843 Ferkel: 8.00-14.00 M., 8 Ferkeln: 12-25 M., 0 Ferkeln: 0-0 M., 0 Hammel: 00-00 M. Zusammen 3456 Stk. Handel schleppend.

Donnerstag in Mannheim vom 11. Januar. (Künftiger Bericht der Division.) Es wurde bezahlt für 60 K. Schlachtwert: 85 Oxfen a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 62-00 M., b) junge fleischige, nicht ausgewählte, und ältere ausgewählte 78-00 M., c) mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 74-00 M., d) geringe genährte jeden Alters 72-00 M. 50 Bullen (Farven): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 65-00 M., b) mäßig genährte jüngere u. gut genährte Ältere 64-00 M., c) geringe genährte 60-00 M. 1200 Ferkeln: (Minder) und Räder: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln, Rinder höchsten Schlachtwertes 74-78 M., b) vollfleischige, ausgewählte Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64-68 M., c) ältere ausgewählte Räder und wenig auf entwidelte jüngere Räder, Ferkeln und Rinder 60-70 M., d) mäßig genährte Räder, Ferkeln u. Rinder 58-68 M., e) geringe genährte Räder, Ferkeln und Rinder 45-62 M. 403 Kälber: a) feine Wahl (Vollm.) und beste Saugläber 85-00 M., b) mittlere Wahl u. gute Saugläber 80-00 M., c) geringe Saugläber 75-00 M., d) Ältere gering genährte (Hefler) 00-00 M. 125 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 65-00 M., b) ältere Mastlamm 60-00 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Worstwale) 55-00 M. 1635 Schweine: a) vollfleischige darsineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 72-00 M., b) fleischige 71-00 M., c) geringe entwidelte 60-00 M., d) Sauen und Ober 62-64 M. Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Hagspferde: 0000-0000 M., 00 Arbeitpferde: 000-0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00-000 M., 000 Zucht- und Hagspferde: 000-000 M., 00 Stier Prachtwild: 00-00 M., 00 Milchschafe: 000-000 M., 843 Ferkel: 8.00-14.00 M., 8 Ferkeln: 12-25 M., 0 Ferkeln: 0-0 M., 0 Hammel: 00-00 M. Zusammen 3456 Stk. Handel schleppend.

Donnerstag in Mannheim vom 11. Januar. (Künftiger Bericht der Division.) Es wurde bezahlt für 60 K. Schlachtwert: 85 Oxfen a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes höchstens 7 Jahre alt 62-00 M., b) junge fleischige, nicht ausgewählte, und ältere ausgewählte 78-00 M., c) mäßig genährte junge, gut genährte Ältere 74-00 M., d) geringe genährte jeden Alters 72-00 M. 50 Bullen (Farven): a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 65-00 M., b) mäßig genährte jüngere u. gut genährte Ältere 64-00 M., c) geringe genährte 60-00 M. 1200 Ferkeln: (Minder) und Räder: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln, Rinder höchsten Schlachtwertes 74-78 M., b) vollfleischige, ausgewählte Räder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 64-68 M., c) ältere ausgewählte Räder und wenig auf entwidelte jüngere Räder, Ferkeln und Rinder 60-70 M., d) mäßig genährte Räder, Ferkeln u. Rinder 58-68 M., e) geringe genährte Räder, Ferkeln und Rinder 45-62 M. 403 Kälber: a) feine Wahl (Vollm.) und beste Saugläber 85-00 M., b) mittlere Wahl u. gute Saugläber 80-00 M., c) geringe Saugläber 75-00 M., d) Ältere gering genährte (Hefler) 00-00 M. 125 Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 65-00 M., b) ältere Mastlamm 60-00 M., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Worstwale) 55-00 M. 1635 Schweine: a) vollfleischige darsineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 72-00 M., b) fleischige 71-00 M., c) geringe entwidelte 60-00 M., d) Sauen und Ober 62-64 M. Es wurden bezahlt für das Stück: 000 Hagspferde: 0000-0000 M., 00 Arbeitpferde: 000-0000 M., 00 Pferde zum Schlachten: 00-000 M., 000 Zucht- und Hagspferde: 000-000 M., 00 Stier Prachtwild: 00-00 M., 00 Milchschafe: 000-000 M., 843 Ferkel: 8.00-14.00 M., 8 Ferkeln: 12-25 M., 0 Ferkeln: 0-0 M., 0 Hammel: 00-00 M. Zusammen 3456 Stk. Handel schleppend.

Antwerpen, 9. Januar. Drahtbericht der Ned-Star-Linie in Antwerpen. Der Dampfer „Kronland“, am 30. Degr. von New-York ab, ist heute hier angekommen. Southampton, 8. Jan. (Drahtbericht der American Line, Southampton.) Der Schnelldampfer „New-York“ am 2. Januar von New-York ab, ist heute nachmittag hier angekommen. Mitgeteilt durch das Post- und Reise-Bureau G. u. L. v. H. v. H. in Mannheim. Bahnhofstr. 2, direkt am Hauptbahnhof.

Drahtbericht der Ned Star Line. Bewegung der Dampfer: „Kronland“ am 30. Dezember von Rotterdam nach Antwerpen abgegangen. „Venominee“ am 31. Dez. von Antwerpen nach Boston und Philadelphia abgegangen. „Monte Carlo“ am 1. Januar von Baltimore nach Antwerpen abgegangen. „Finland“ am 2. Januar von Antwerpen nach Rotterdam abgegangen. „Svalbard“ am 2. Januar in Antwerpen von Rotterdam angekommen. „Manitou“ am 3. Januar in Philadelphia von Antwerpen angekommen. „Minnesota“ am 4. Januar von Antwerpen nach Baltimore abgegangen. „Beland“ am 6. Januar von Rotterdam nach Antwerpen abgegangen. „Somland“ am 7. Januar in Rotterdam von Antwerpen angekommen. „Marquette“ am 7. Januar in Antwerpen von Boston und Philadelphia angekommen. „Manland“ am 7. Januar in Antwerpen von Baltimore angekommen. „Kronland“ am 7. Januar in Rotterdam, passiert von Rotterdam kommend. In Antwerpen erwartet: „Seeland“ gegen 17. Januar von Rotterdam. „Manitou“ gegen 21. Januar von Philadelphia.

Drahtbericht der Canadian Pacific Railways. Transatlantischer Dampferdienst von Antwerpen nach Kanada. Bewegung der Dampfer: „Mount Temple“ am 30. Dezember von Antwerpen nach St. John abgegangen. „Montezuma“ am 1. Januar in St. John von Antwerpen angekommen. Mitgeteilt durch das Post- und Reise-Bureau G. u. L. v. H. v. H. in Mannheim. Bahnhofstr. 2, direkt am Hauptbahnhof.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adresse: MARGOLD, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637 12. Januar 1909. Provisionsfrei

Table with columns 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Käufer', 'Ränder'. Lists various companies and their associated values.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; Für Kunst und Illustration: Georg Christmann; Für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Ad. Schäfer; Für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Richter für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joss. Druck und Verlag der Dr. S. Haas'schen Buchdruckerei G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Advertisement for KALODONT ZAHN-CRÈME. Features a circular logo with '60' and 'SARG' text. Below it, 'Emser Wasser Kränchen' logo.

Large advertisement for Maggi-Würze. Text: 'Lassen Sie sich nicht beirren: Die altbewährte Maggi-Würze übertrifft jede Nachahmung. Dies bestätigen Hunderte von Gutachten erster Fachautoritäten.' Includes a small logo with '6048'.

Einmaliges Angebot!

Wir liefern Ihnen
ohne jede Verbindlichkeit
für Sie
eine **Mappe A** oder **B**
2 Wochen gratis

und frei ins Haus, falls Sie mit Bestätigung auf dieses Inserat und bis zum 15. Januar Ihre Adresse mitteilen.

Nach Ablauf von 2 Wochen liefern wir die Mappe zum Preise von 25 Pf. pro Woche weiter, falls Sie dem Ueberbringer nichts Gegenteiliges mitteilen.

Sie haben also Gelegenheit, sich

kostenlos

bazon zu überzeugen, daß der Bezug unserer Zeitschriften ein Bedürfnis für Sie ist. Es können Sie sich auch eine Mappe mit neueren Zeitschriften und höherem Preis bestellen, denn unsere Preise richten sich nach dem Alter der Zeitschriften.

Jede Mappe bleibt 8 Wochen in Ihren Händen u. Sie erhalten allmähentlich die **genauen Fortsetzungen.**

Die Mappe A enthält:

Das Buch für Alle. Zur guten Stunde. Ueber Land und Meer. Die Gartenlaube. Die Woche. Sonntagszeitung. Romanbibliothek. Welt und Haus. Fliegende Blätter. Neugierbote. Berliner Illustr. Zeitung. Wochensicht. Weltcourier

(von denen allmähentlich regelmäßig 10 Hefte erscheinen)

Die Mappe B enthält:

Lustige Blätter. Jugend. Simplicissimus. Neugierbote. Gartenlaube. Woche. Welt und Haus. Fliegende Blätter. Berliner Illustr. Zeitung. Ueber Land u. Meer. Das Buch für Alle. Zur guten Stunde. Weltcourier

(von denen allmähentlich regelmäßig 11 Hefte erscheinen)

Journal-Lese-Zirkel

Francken & Lang

Tel. 1212 MANNHEIM C 4, 6

Bekanntmachung.

Die zur Abgabe an Volksschüler minder bemittelte Eltern notwendige Unterrichtsmittel für das Schuljahr von Ostern 1909 bis Ostern 1910 sollen im Submissionsweg vergeben werden. Nach dem letztjährigen Bedarf sind anzugeben:

- | | |
|---|--------|
| 1. Hefte im Aufschlag von | 23110 |
| 2. Schreib- und Zeichenmaterialien im Aufschlag von | 23110 |
| 3. Schulbücher im Aufschlag von | 13 975 |
| 4. Vorbereitungsarbeiten im Aufschlag von | 19 263 |
| A) Tinte und Baumwolle | 2 475 |
| B) Stütz-, Füll- und Rehmateriale | 1 017 |
| C) Stütz-, Füll- und Rehmateriale | 669 |
| D) Maßstäbe | 2 088 |

Angebotsformulare sind im Bureau des Volksschulreferats - Friedrichstraße 11, U. 2, Eingang gegenüber U 1 - in Empfang zu nehmen, wofür auch die Verlehnungsbedingungen sowie die näher familiärer Unterrichtsmittel eingehend werden können.

In den Bewerbungen sind die Angebote unter Zugrundelegung des Angebotspreises (Niedrigpreis) ausnahmslos in Prozenten und zwar derart auszudrücken, daß 1. für die Hefte, 2. für die Schreib- und Zeichenmaterialien und 3. für die Schulbücher je ein Gesamtangebot beigefügt wird. Bei den Vorbereitungsarbeiten ist der Angebotspreis in Prozenten für jede Unterabteilung (A, B, C und D) getrennt anzugeben. Angebote für Einzelartikel sind unzulässig. Anders gestellte Offerten können nicht berücksichtigt werden.

Die Forderung der einzelnen Warenabteilungen kann im Gesamten oder geteilt nach Schuljahreszeiten vergeben werden. Von den 6 Schuljahreszeiten betragen: 3 Teile je ein Viertel, 1 Teil ein Drittel und 2 Teile je ein Sechstel des Gesamtbedarfs.

Bekanntmachung.

Auf dem Submissionsweg werden die Lieferung von 600 Stk. Edel- und Prügelpapier von dem Stadtwald Referat nach dem Holzlagerplatz Ostertal, sowie das Ankreiden und Kleben desselben.

Offerten sind längstens bis Freitag, den 15. Januar 1909, vormittags 11 Uhr bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die Bedingungen etc. können auf unserem Bureau während 49 Vormittags von 11-12 Uhr und nachmittags von 5 bis 6 Uhr insgesehen werden.

Mannheim, den 11. Januar 1909.
Städt. Oberverwaltungsamt
R 2233.

Junges Wildschwein

Braten Nr. 1. Ragout 60 Pf.

Rehrbraten

80 u. 100 Pfg.

Waldhasen

ganz und zerlegt

Fasanen | Wildenten
Haselhühner | Birkwild

franz. Poularden

Fettgänse

Strassburger Gänse

Jg Hahnen, Welsche

in großer Auswahl!

Tel. J. Knab 01, 14

zwischen Q 1 und Q 2

Specialgeschäft in

Delicatessen, Wild u. Geflügel.

Vorricht.

Dr. G. Weber

Familientee

seit über 40 Jahren bekannt

besteht aus 4 Sorten

besten Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

Sorten

aus den besten

1 gebrauchte Kaffeemaschine zu verkaufen. Offerten u. Fr. 1378 an die Expedition dieses Blattes.

Zu verkaufen Metzgerei

oder Bäckerei

vorzögl. geeg. rentables Haus in bester Lage. Lage unter sehr güt. Bedingungen. von Baumeister zu verkaufen. Off. Anfragen u. M. B. 1190 an die Expedition dieses Blattes.

Metzgerei mit eig. Schlachthaus in bester Lage. Siedehaus zu verkaufen oder zu verpachten. Offerten unter Fr. 1376 an die Exp. d. Bl.

5 Zimmer-Haus im St. Stadteil, sehr rentabel, wegungsfähig zu verkaufen. Off. u. Fr. 592 an die Exp.

Handhaus für Bäckerei besonders geeignet im Vorort Mannheims gelegen, zu verkaufen. Off. unter Fr. 522 an die Exp. d. Bl.

Für Strickmacher u. Buchbinder 1. Kartongerei gut erb. Einrichtung u. 6 Maschinen zum halb. Neuwert billig zu verkaufen. Prima Handarbeit u. beste Arbeit u. d. Käufer zu verkaufen. Die Buchbinder-Verhältnisse können erst mit Maschinenmiete beibehalten werden. Off. unter Fr. 538 an die Expedition.

1 jahner Wollhund billig zu verkaufen. 510 Wölbstraße 45.

Stellen finden Kinderfräulein

über besseres Mädchen, das lesen kann, zu zwei Kindern von 3 u. 4 Jahren zur Unterstützung der Hausfrau gesucht. 1383 Frau Dr. Vohle, Ludwigstraße 10.

Mädchen oder Frau gesucht. Stephanienspromenade 18, II. r. 510

Ein junges Mädchen 16-17 Jahren in guter Familie (3 Personen) auch halb gesucht. 1371 Viktorstraße 5, part.

Stellen suchen Gebildetes Fräulein

(19 Jahre alt) sucht Stellung in einem Blumengeschäft. Offerten unter Nr. 527 an die Exped. d. Bl. erb.

Suche für jg. Mädchen (fran.) Kaufmann, Bekleid. Offerten unter Fr. 475 an die Expedition dieses Blattes.

Fräulein, perfekte Dienstmädchen

mit sämtlichen Dienstarbeiten und der Bedienung des Telefons vertraut, bisher nur in ersten Geschäften tätig, sucht per 1. April dauernde Stellung evtl. als Privatsekretärin. Offerten unter R. E. 1105 an die Expedition d. Bl.

Eine gebildete, in allen Zweigen der Hausabteilung erfahrene Dame sucht Stellung als Köchin b. älterem alleinstehendem Herrn oder Dame. Offerten unter J. M. 461 an die Expedition dieses Blattes.

Gesunde Stenotypistin sucht Stelle. 554 S. Querstraße 15, 4. Stod.

Gute Amme

sucht sofort Stelle. Näheres bei Mandel, K 4, 17. 1402

Mietgesuche

eventl. auch 2 ineinandergeh. Parier-Räume für ruhigen Betrieb per 1. Febr. a. lang. Zeit (ca. 3 Jahre) zu mieten gesucht. Gute Stadtlage bevorzugt; möglichst 3-5 Zimmer-Wohnung dabei. Näh. U. 6, 6 Hinterhaus. 508

Suche per 1. Febr. möbl. Zimmer mit separ. Eingang. Nähe Redarbrücke. Off. unter Fr. 472 an die Exped. d. Bl.

3 oder 4 Zimmer, Küche, Speisek., Bad auf 1. April in bestem Hause und ruhiger Gegend zu mieten gesucht. Off. u. Fr. 519 an die Exped.

4 Zimmer-Wohnung nebst Zubehör in gutem Hause der Wölbstraße gesucht. Offert. mit Preisangabe unter Fr. 338 an die Exped. d. Bl.

2. Hypothek 3000 Mark auf Landhaus gesucht. Offert. unter Fr. 520 an die Exped. d. Bl.

Ankauf Nähmaschine

gebraucht, zu kaufen gesucht. Off. mit Preis u. w. M. 2. 521 an die Exped. d. Bl.

Bureau, Lager oder Kellerei, großes, helles, trock. Entresol in bester zentraler Lage, angeteilt zu verm. Adressenrichtungs zu verkaufen bei G. Ficker, E 2, Fr. 1/3, Platten. 1220

Elegante, moderne Büro Räumlichkeiten

5 Zimmer, elektr. Licht, Zentralheizung, Parterre, sofort zu vermieten. 07 Auskunft: ert. Rechtsanwalt Roediger, A 3. 6. 1136

Conterraing als Bureau zu vermieten. 163 Rennerstraße 14 1 Tr.

Bureau mit Magazin zu vermieten. 174 Röh. C 2, 10/11/4 2. St.

Schöner Laden, in dem seit Jahren gutgehend. Kaffee- u. Süßwaren-Vertrieb wurde, mit od. ohne Wohnung per April zu vermieten. Näh. Reppelstraße 10a, Parterre. 1243

Läden Ein Laden

in bester Lage der Redarbrücke am Marktplatz zu verm. Näh. Mittelstr. 4a. 1305

Laden, groß und hell, gute Lage, zu verm. 1307 Röh. Reppelstr. 42, Hof.

Werkstätte

D 5. 10 500 Werkstätte zu vermieten.

J 3. 16 Werkstätte per sofort zu verm. 67718

J 6, 6 Werkstätte mit Conterraing per sofort zu vermieten. 64820 Röh. Bureau, Hofenstraße 10

M 2. 13 Werkstätte zu vermieten. 87

Conterraing, Rheinmühl. 4. Werkstätte 40 qm mit elektr. Licht und Kraft zu jedem Zweck geeignet, per 1. April zu verm. 1292

Wölbstraße 7, 2. St. helle, ruhige Conterraing 110 qm, noch, sofort zu verm. 409

Lattenstraße 22 Zwei Conterraingräume als Werkstatt od. Lager zu verm. 52019

Langstraße 26 helle Werkstätte mit Motorbetrieb zu verm. 218

Werkstätte

schöne hell, ca. 150 qm Bodenfläche, mit beheizt. Laminier- u. Holzbohrmaschine, ganz od. geteilt, per 1. April zu vermieten. Näheres bei Mandel, Tel. 1212.

Betriebsräume

8. Stod. zu vermieten, 125 qm Bodenfläche. Näheres Q 6, 10b (Süd) 2. Stod. Wölb. 64489

Große, helle Fabrikräume

mit Bureau per 1. April zu vermieten. Zu erfragen bei August Berger, Viehhofstr. 2, Telefon 2041.

Magazine

S 6. 7 Magazin oder Werkstätte zu verm. 33003 W. Groh, Goldstraße 10, Meerfeldstraße 97.

kleines Magazin oder Werkstätte zu vermieten. 25902 Reichenstraße 76.

Automobilgarage zu verm. W. Groh, Goldstraße 10, 33901

Großes Magazin

größer 2000 qm, ganz od. geteilt zu verm. ebendort 5 bis 6 Zimmerwohnung. 66246 Näheres Q 7, 20, 2. Stod.

Großes Magazin und Keller mit Ladeeinrichtung per sofort oder später verleiher zu vermieten. Näheres Forsting 7c.

In der Nähe des Paradeplatzes helle, trockene, hellere und größere Magazine räumlichkeiten evtl. mit Bureau und größerem Keller zu vermieten. Off. Offert. unter Fr. 67705 an die Exped. d. Bl.

T 2, 4 großes Tabakmagazin, auch für ein Juweliergeschäft oder für ein Warenlager zu vermieten. 66404

Zweistöckiges, unterkellertes Kleines 1068

Magazin u. Bureau für Lagerzwecke, Werkstätte etc. besonders geeignet zu vermieten. Näh. Siedenhofstraße 58.

5. Stod. Mag. Magazin, 2 gr. Keller, auch evtl. zu verm. 43888 Röh. Augustenstr. 35, 2. St.

Calmon Hansa

Gummischuhe

Marke Salamander

Einheitspreis:

für Damen 3⁵⁰

„ Herren 4⁵⁰

sind leicht und schmiegsam, aus feinstem Gummi hergestellt und besitzen die größte Widerstandsfähigkeit. 5215

Wir haften für die Güte eines jeden Paares.

Salamander

Schuh-Ges. m. b. H.

Heidelbergerstr. P 5, 15 | 16

3 Zimmer u. Küche a. v. Röh. Siedenhofstr. 10, 2. St. 404

In Heidelberg sind auf 1. März od. 1. Apr. zwei 4 Zimmerwohnungen i. best. Lage u. Bad u. W. a. v. Röh. in der Exped. d. Bl. 400

Möbl. Zimmer.

B 4, 14 möbl. Part. u. Hof. sofort zu verm. 408

B 4, 16 klein möbl. Zimmer zu verm. 1229

B 5, 8 möbl. Zimmer, an schön. Garten, evtl. Bad, a. v. Röh. in der Exped. d. Bl. 400

B 7, 10 3 Treppen. Gut möbl. Zimmer u. od. ohne Vent. zu verm. 257

C 1, 16 3 Treppen. Gut möbl. Schlafzimmer evtl. mit Salon, evtl. auch mit Bad, zu verm. 1189

C 4, 15 1 Z. Wegen 1899 Wohnung, gut möbl. Wohn- u. Schlafzimmer per 1. Februar zu verm. 1293

C 7, 10 4. St. Röh. Gut möbl. mer. sep. Eingang mit 2 Betten zu verm. 471

D 1, 5 1 St. Schön möbl. Wohn- u. Schlafzimmer per 1. Febr. an schön. Garten zu vermieten. 1255

D 3, 4 2 möbl. Zimmer, evtl. auch mit Bad, zu verm. 67521

D 4, 14 2 Z. gut möbl. evtl. a. l. Febr. zu verm. 557

D 7, 19 1 Z. schön möbl. Zimmer per 1. Februar zu vermieten. 61771

E 3, 1 1 St. u. 2 Z. Gut möbl. evtl. a. l. Febr. zu verm. 44

E 5, 12 1 Z. evtl. evtl. a. l. Febr. zu verm. 1293

F 2, 9 3 Z. gut möbl. evtl. auch mit Bad, zu verm. 2265

F 2, 9 2 Z. großes, schön möbl. Zimmer aus Preis von 20 M. mit Frühstück und Bedienung zu vermieten. 67619

F 4, 15 1 Z. evtl. evtl. a. l. Febr. zu verm. 2513

G 2, 8 1 Stod eine freundliche 4 Zimmerwohnung per 1. April zu vermieten. 1297

Näheres 1 Treppe hoch. 67253

G 7, 25 1 Zimmer u. Küche u. l. Apr. a. v. Röh. part. 289

G 7, 57 2 Stod. Ein gut möbl. Zimmer zu vermieten. 139

H 7, 4 1 Z. evtl. evtl. a. l. Febr. zu verm. 2265

K 2, 26 1 Stod 2 Z. gut möbl. Zimmer u. l. Februar an Herrn zu vermieten. 1344

S 6, 2 4 St. möbl. Zimmer evtl. a. l. Febr. zu verm. 538